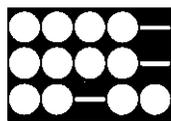


Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

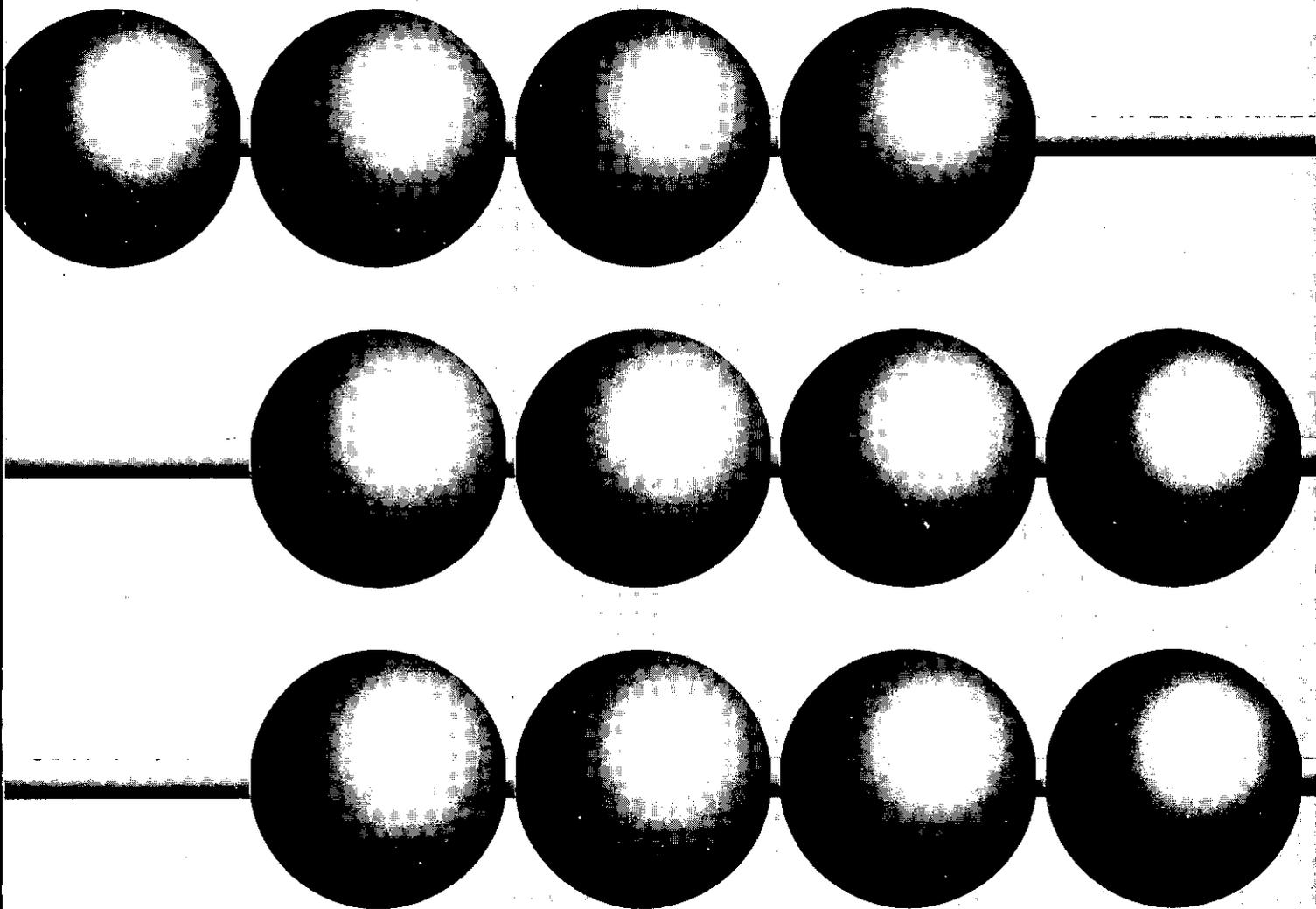


Statistisches
Landesamt
Schleswig-Holstein



53. Jahrgang, Heft 7/8, Juli/August 2001

**Statistische Monatshefte
Schleswig-Holstein**



Herausgeber:
Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
Postfach 71 30
24171 Kiel

Telefon: (04 31) 68 95-0
Telefax: (04 31) 68 95-4 98
E-Mail: info@statistik-sh.de
Internet: www.statistik-sh.de

Redaktion:
Fritz Wormeck
Tel.: (0431) 68 95 - 246

Vertrieb:
Tel.: (0431) 68 95 - 280 / -122
E-Mail: vertrieb@statistik-sh.de

Druck:
Schmidt & Klaunig, Kiel
Erste Kieler Druckerei
mit Umwelt-Zertifikat

Emissionsarm gedruckt
auf chlorfrei gebleichtem
Papier

Erscheinungsfolge:
monatlich (max. 10 Hefte im Jahr)

Auflage: 500

Einzelheft 4,00 DM
Jahresbezug 40,00 DM

Erfüllungsort und
Gerichtsstand Kiel

© Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein,
Kiel, 2001
Für nichtgewerbliche
Zwecke sind Vervielfälti-
gung und unentgeltliche
Verbreitung, auch
auszugsweise, mit
Quellenangabe gestattet.
Die Verbreitung, auch
auszugsweise, über
elektronische Systeme/
Datenträger bedarf der
vorherigen Zustimmung.
Alle übrigen Rechte
bleiben vorbehalten.

ISSN 0947 - 7373

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

53. Jahrgang • Heft 7/8

Juli/August 2001

Inhalt	
• Kurz gefasst	146
Bevölkerung, Ehen, Geburten, Sterbefälle, Ausgaben für Sozialhilfe, Ausgaben für Asylbewerber, Verarbeitendes Gewerbe, Fremdenverkehr, E-Mail-Adressen	
• Aufsatz	
Reale Werte – ein unvermeidliches Artefakt der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	148
Dieser Beitrag ist Teil von Band 3 (Geld und Physis) der Veröffentlichungsreihe „Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“, die die Ergebnisse von Kolloquien zu den theoretischen Voraussetzungen und konzeptionellen Grundlagen der Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen präsentiert. Herausgeber sind Utz-Peter Reich, Carsten Stahmer und Klaus Voy. Der Beitrag entstand aus einem Vortrag des Autors während des Kolloquiums 1999. Er wird hier mit freundlicher Genehmigung des Metropolis-Verlages abgedruckt, der diesen Band 2001 herausgebracht hat.	
• Entwicklung im Bild	168
• Veröffentlichungen	170
<hr/>	
• Beilage	
Zahlenbeilage	

2,79 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner in Schleswig-Holstein

Im Laufe des Jahres 2000 wuchs die schleswig-holsteinische Bevölkerungszahl um 12 486 (+ 0,4 %) auf einen neuen Höchststand von 2 789 761 Personen am 31.12.2000. Im Vorjahr war die Bevölkerungszunahme mit 11 218 (+ 0,4 %) Einwohnerinnen und Einwohnern etwas geringer ausgefallen.

Der Bevölkerungszuwachs in Schleswig-Holstein ist auf die positive Veränderung in der kreisfreien Stadt Lübeck sowie – wie bereits in den Vorjahren – in den elf Kreisen (zusammen + 14 249 Personen oder + 0,6 %) zurückzuführen, während der Bevölkerungsstand in den kreisfreien Städten Kiel, Flensburg und Neumünster weiterhin rückläufig war (zusammen - 1 763 Personen oder - 0,4 %).

Der Wanderungsgewinn des Landes ist im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen. Aufgrund der ausnahmslos positiven Wanderungssalden der Kreise sowie der kreisfreien Stadt Lübeck, denen Wanderungsverluste der kreisfreien Städte Flensburg, Kiel und Neumünster gegenüberstanden, zogen 15 387 Personen mehr nach Schleswig-Holstein als das Land verließen. Im Jahr zuvor hatte der Wanderungsgewinn nur 13 977 Einwohnerinnen und Einwohner betragen.

Dem Wanderungsgewinn 2000 steht landesweit ein Überschuss der Gestorbenen über die Geborenen von 2 909 Personen gegenüber, welcher im Vergleich zum Vorjahr (2 759) weiter anstieg. Unter den kreisfreien Städten und Kreisen gab es einen positiven Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung lediglich im Kreis Segeberg (+ 127).

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle in 2000 rückläufig

Im Jahr 2000 sind nur noch 26 920 schleswig-holsteinische Kinder lebend zur Welt gekommen, das sind 431 oder 1,6 % weniger als im Vorjahr. Damit setzt sich der 1998 begonnene Rückgang weiter fort.

Die Zahl der Kinder, deren Eltern zum Zeitpunkt der Geburt nicht miteinander verheiratet waren, ist nochmals gestiegen, und zwar um 6,7 % auf 6 780. Ihr Anteil an allen Geborenen hat sich gegenüber 1999 um 2,0 Prozentpunkte auf 25,2 % erhöht, ein Wert, wie er für Schleswig-Holstein zuvor nie erreicht wurde.

Den Geborenen standen 29 821 gestorbene Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner gegenüber, 289 oder 1,0 % weniger als 1999. Damit wurde erstmals seit 1967 die Grenze von 30 000 Sterbefällen unterschritten.

Für das Jahr 2000 ergab sich für Schleswig-Holstein somit ein Überschuß der Gestorbenen von 2 901, das ist eine Steigerung von 5,1 % gegenüber 1999.

Ferner verzeichneten die Standesämter Schleswig-Holsteins im Laufe des Jahres 17 849 Eheschließungen, das sind 547 oder 3,0 % weniger als 1999.

Öffentliche Sozialhilfeausgaben im Jahr 2000 betragen zwei Milliarden DM

Die Gesamtausgaben für die Sozialhilfe haben sich 2000 in Schleswig-Holstein gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig verändert. Die Gesamtausgaben betragen knapp 2 Mrd. DM, das sind 44,4 Mill. oder 2,2 % weniger als 1999. Dabei entwickelten sich die verschiedenen Leistungsarten in der Sozialhilfe unterschiedlich. Während die Ausgaben für die Hilfen zum Lebensunterhalt, der „klassischen“ Form von Sozialhilfe, um 7,1 % auf 897,2 Mill. DM sanken, stiegen die Ausgaben für Hilfen in besonderen Lebenslagen um 2,3 % auf 1,1 Mrd. DM.

Die Ausgaben für die Hilfen zur Pflege sind erneut um 5,6 % zurückgegangen und erreichten so einen neuen Tiefststand von 277,3 Mill. DM. Dieser Rückgang wurde jedoch von steigenden Ausgaben in anderen Leistungsbereichen kompensiert. So setzte sich insbesondere der langjährige Trend wachsender Ausgaben für Eingliederungshilfen fort; hier entstanden Mehrausgaben gegenüber 1999 von 38,4 Mill. DM (5,7 %).

Zieht man von den Gesamtausgaben die Einnahmen zum Beispiel aus Kostenerstattungen von 251,7 Mill. DM ab, verblieben an reinen Ausgaben 1,7 Mrd. DM. Damit wurden rechnerisch von jeder Schleswig-Holsteinerin und jedem Schleswig-Holsteiner 628 DM für die Unterstützung von Hilfebedürftigen gezahlt.

Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz im Jahr 2000 um gut eine Million gesunken

Die Ausgaben (Netto) für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz 2000 blieben mit 80,1 Mill. DM gegenüber dem Vorjahr um 1,5 % zurück. Damit wurden rechnerisch von jeder Schleswig-Holsteinerin und jedem Schleswig-Holsteiner 29 DM für die Unterstützung von Asylbewerbern bezahlt. Knapp ein Viertel der Nettoausgaben (18 Mill. DM) wurde für Leistungsempfänger in Aufnahmeeinrichtungen aufgewendet.

Als Folge der im Jahre 1997 geänderten Gesetzesvorschriften entfiel mit rund 57 Mill. DM auch 2000 der überwiegende Teil der Ausgaben auf die „Grundleis-

tungen“, die sich an der Deckung des notwendigen Bedarfs an Ernährung, Unterkunft, Kleidung usw. orientieren.

Allerdings erhielten im Laufe des Jahres 2000 erstmals wieder einige Asylbewerberinnen und -bewerber die etwas höheren „Leistungen in besonderen Fällen“, welche sich an dem Sozialhilfegesetz orientieren. Nach der Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes 1997 können Grundleistungsempfängerinnen und -empfänger unter bestimmten Voraussetzungen nach Ablauf von 36 Monaten diese Leistungsart in Anspruch nehmen, was zu Ausgaben von knapp 9 Mill. DM führte. Dies entspricht einem Anteil von 10 % an den Bruttoausgaben.

Halbjahresbilanz im Verarbeitenden Gewerbe

Die konjunkturelle Lage im Verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins war im ersten Halbjahr 2001 von stagnierenden Umsätzen sowie Rückgängen bei den Beschäftigten und den Auftragseingängen gekennzeichnet.

So wurde in der Halbjahresbilanz mit einem um 0,6 % rückläufigen Beschäftigtenstand in den Monaten Januar bis Juni ein Umsatzplus von insgesamt 0,3 % erzielt. Zwar stiegen die Inlandsumsätze um 0,6 %, jedoch gingen die Exporte in diesem Zeitraum um 0,4 % zurück. Im Gegensatz zu der Entwicklung im Vorjahr haben damit die Auslandsgeschäfte ihre konjunkturunterstützende Wirkung für das Verarbeitende Gewerbe Schleswig-Holsteins eingebüßt. Bei dem nur geringen Umsatzwachstum gingen gegenüber dem ersten Halbjahr 2000 nahezu 900 Arbeitsplätze verloren. Die Auftragseingänge, ein Frühindikator für die wirtschaftliche Entwicklung, waren um insgesamt 12 % geringer, zeigten aber ein uneinheitliches Bild. Während sich die Inlandsnachfrage mit einem Plus von 5,6 % zu stabilisieren scheint, lagen die Auslandsorders – trotz eines positiven Juni-Ergebnisses (+ 3,5 %) – im ersten Halbjahr 2001 immer noch um 32 % unter dem Vorjahresniveau. Dieses Ergebnis ist im wesentlichen durch erhebliche Rückgänge bei der Auslandsnachfrage im Schiffbau sowie bei den Produkten und Einrichtungen der Nachrichtentechnik bedingt.

Die Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes blieb in Schleswig-Holstein im ersten Halbjahr deutlich hinter dem Bundestrend zurück. So nahm die Zahl der Beschäftigten in Deutschland gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 0,8 % zu, die Umsätze stiegen vor allem dank guter Exportbedingungen um 6,4 %, und die Auftragseingänge übertrafen den Vorjahreswert um 2,6 % (Ausland + 5,5 %).

Fremdenverkehr im Juni 2001

Im Juni 2001 kamen 516 000 Übernachtungsgäste in den größeren Beherbergungsstätten des Landes (mit über 8 Betten) an. Das waren 2,1 % weniger Gäste als im Juni 2000. Die Zahl der gebuchten Übernachtungen (2 437 000) nahm gegenüber Juni 2000 um 4,4 % ab.

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden insgesamt 0,7 % weniger Übernachtungen gezählt als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres.

Der elektronische Weg zum Statistischen Landesamt – jetzt noch gezielter: E-Mail: ...@statistik-sh.de

Aufgrund der ständig wachsenden Inanspruchnahme der elektronischen Post wurde dieser Zugang zum Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein reorganisiert. Je nach Anliegen können kompetente Ansprechpartner und die verschiedenen Dienstleistungen jetzt gezielter erreicht werden. Die folgende Übersicht zeigt die wichtigsten E-Mail-Adressen:

- Anfragen nach Daten und Informationen:
info@statistik-sh.de
- Bestellungen von Publikationen/Abonnements:
vertrieb@statistik-sh.de
- Pressestelle/Öffentlichkeitsarbeit:
presse@statistik-sh.de
- Bibliothek:
bibliothek@statistik-sh.de
- Technische Fragen zum Internet-Programm:
webmaster@statistik-sh.de
- Amtsleitung:
direktor@statistik-sh.de
- Zentrales Postfach/Allgemeiner Zugang:
poststelle@statistik-sh.de

Über weitere E-Mail-Adressen, mit denen der gezielte fachliche Kontakt zu einzelnen Dezernaten und zur Verwaltung des Landesamtes möglich ist, informieren wir bei Bedarf gern.

Der Zugang zum umfangreichen Internetprogramm, über das man auch Kontakt zu allen anderen Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder aufnehmen kann, findet sich wie gewohnt über die Homepage des Statistischen Landesamtes:

www.statistik-sh.de
– Statistik für Schleswig-Holstein –

Reale Werte – ein unvermeidliches Artefakt der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Dieser Beitrag ist Teil von Band 3 (Geld und Physis) der Veröffentlichungsreihe „Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“, die die Ergebnisse von Kolloquien zu den theoretischen Voraussetzungen und konzeptionellen Grundlagen der Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen präsentiert. Herausgeber sind Utz-Peter Reich, Carsten Stahmer und Klaus Voy. Der Beitrag entstand aus einem Vortrag des Autors während des Kolloquiums 1999. Er wird hier mit freundlicher Genehmigung des Metropolis-Verlages abgedruckt, der diesen Band 2001 herausgebracht hat.

Zur Problemstellung

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen klassifizieren und verdichten Informationen über die wirtschaftlichen Tätigkeiten in einer Volkswirtschaft. Das Ergebnis der Verdichtung wird in aller Regel durch Summation einzelner Transaktionen gewonnen. Wir sprechen von Aggregaten und meinen damit Komponenten des volkswirtschaftlichen Kreislaufsystems. Dies ist soweit unstrittig. Missverständnisse gibt es allerdings immer wieder darum, was denn genau die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen messen und ob die dahinterstehende Kreislaufvorstellung das Geld, die Physis oder beides meint. An der traditionellen Vorstellung, es gebe einen Kreislauf der Güter und – in entgegengesetzter Richtung – einen ihres Äquivalents, des Geldes, wird schon seit vielen Jahren kritisiert, dass der ökonomische Prozess die physischen Ressourcen, die er der Natur entnimmt, keineswegs im selben Zustand auch wieder an die Natur zurückgibt, der stoffliche Kreislauf also nicht als geschlossen betrachtet werden dürfe. Die Sphäre der Produktion und der Verwendung von Gütern und Diensten wird – was häufig kritisiert worden ist und was zu diversen Versuchen zur Ergänzung des Rechenwerks geführt hat – in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nur einbezogen, wenn sie Gegenstand einer ökonomischen Transaktion sind, bei der in aller Regel auch Geld fließt. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen sind so gesehen in erster Linie ein Abbild des Geldkreislaufes und zeigen, wie Einkommen entstehen, wohin sie verteilt und umverteilt werden und wofür sie verausgabt werden.

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen reflektieren letztlich, dass wir nicht mehr in einer naturalen Tauschwirtschaft, sondern in einer Geldwirtschaft leben. Es erscheint daher auch unmittelbar einleuchtend, dass die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Geldeinheiten dimensioniert sind. Das Geld ist der Standardisierungsmaßstab, mit dessen Hilfe die nahezu unendliche Vielfalt an Gütern und Diensten eines Inlandsprodukts überhaupt erst gemessen werden kann, auch wenn es nicht für alle zu messenden

Güter und Dienste Marktpreise gibt, auch wenn der Wettbewerb auf dem Markt keineswegs immer den in theoretischen Modellen geforderten Bedingungen genügt und der Marktmechanismus auch ansonsten vielerlei Administrierung und Beeinflussung ausgesetzt ist. Wirtschaftliche Leistung über beobachtbare, in Geldeinheiten dimensionierte Preise und Werte zu messen ist ein radikal deskriptiver Ansatz, bei dem nicht zur Debatte steht, ob das Zählobjekt unter normativen Gesichtspunkten fragwürdige oder gar sozialschädliche, umweltunverträglich oder sonst wie verwerfliche Elemente enthält und ob die Höhe der Marktpreise einer wie auch immer definierten normativen Wertestruktur entspricht oder nicht.

Weil viele Marktvorgänge von Buchhaltern aufgezeichnet werden, können ganze Transaktionsbündel etwa über Umsatzmeldungen eines Betriebes, eines Unternehmens oder gar einer Branche problemlos und kostengünstig in die Statistik und damit in die Rechnung gelangen. Im Handels-, im Haushalts- und im Steuerrecht sind der Nominalismus¹ und das Nominalwertprinzip „Mark gleich Mark“ fest verankert. Die Bewertung über den Markt hat aber den bekannten Nachteil, dass sich Preise im Zeitablauf ändern oder in verschiedenen Währungsgebieten oder auch verschiedenen Regionen desselben Währungsraums unterschiedlich ausfallen können. Es wird daher von den Gesamtrechnern gefordert, die wirtschaftliche Leistung nicht nur „in jeweiligen Preisen“, sondern außerdem so zu messen, dass sie zu intertemporalen, internationalen und interregionalen Vergleichen herangezogen werden kann.

¹ Die deutsche Rechtsordnung erkennt dem Nominalismus, d. h. der Auffassung der Geldschuld als Geldbetragsschuld, ganz eindeutig den Vorrang zu gegenüber dem Valorismus, der Geldschulden an bestimmten Wertmaßstäben messen will. So sind auch Wertsicherungsklauseln und Indexklauseln nur unter bestimmten Umständen erlaubt. S. Gerhard Lippe, Das Wissen für Bankkaufleute, 7. Auflage, Wiesbaden 1994, S. 960

Irving Fisher hat das Problem schon 1922 so beschrieben, dass die Indexzahl, die den Gesamtwert ausdrücken soll, nicht das Problem sei: „So können wir mit absoluter Sicherheit sagen, dass der Gesamtwert 1918 323 % des Gesamtwertes von 1913 ausmacht. Aber wenn wir fragen, inwiefern diese Steigerung von 100 auf 323 ein Steigen der Preise repräsentiert und inwieweit eine Zunahme der Quantitäten, betreten wir das Sumpfland der Indexzahlen.“² Fisher hat bekanntlich erheblich dazu beigetragen, das Sumpfland trockenenzulegen, und sein von ihm selbst so bezeichneter „idealer“ Index ist Bestandteil einer bemerkenswerten methodischen Richtungsentscheidung in den Mitte der 90er Jahre revidierten internationalen Systemen Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, auf die noch näher einzugehen ist.

Die Lösung des Problems besteht heute darin, die lediglich auf die Preisentwicklung zurückzuführenden Unterschiede zwischen Wertaggregaten verschiedener Zeiträume oder Länder dadurch zu eliminieren, dass man mit identischen Preisen oder Preisindizes bewertet, in der Regel mit denen eines bestimmten Basisjahres (diese traditionelle und international übliche Vorgehensweise wird in Kurzform dargestellt in Annex 1 dieses Beitrages). Wir sprechen von „Preisbereinigung“ und assoziieren damit, dass die Bewertung in jeweiligen Preisen etwas Unsauberes enthalte, das entfernt werden müsse, um zur „sauberen“ Größe vorzudringen, die das umgangssprachlich positiv besetzte Adjektiv „real“ vorangestellt bekommt. Tatsächlich erschließen sich aber dem statistischen Beobachter nur wenige Komponenten der Gesamtrechnung zunächst in der realen Welt. Zu diesen prima facie realen Vorgängen rechnet der Verschleiß von Kapitalgütern, für den Abschreibungen zu bilden sind, dazu rechnen Vorgänge des Naturalaustausches und des Eigenverbrauchs, aber auch unterstellte Austauschbeziehungen wie etwa die von Bankdienstleistungen, deren Bewertung in Geldgrößen sich die Gesamtrechner ganz bewusst als Problem aufhalsen, weil sie diese Vorgänge aus konzeptionellen Gründen in die Sphäre der Güter und Dienste einbeziehen wollen.

Den sachkundigen Konsumenten der VGR ist daher klar, dass real im Sinne von beobachtbar und wahrnehmbar für die meisten wirtschaftlichen Transaktionen nur deren nominale Werte sind und die sog. realen Werte für vielerlei Analysen zwar notwendig, sinnvoll und hilfreich, aber letztlich nur ein rechnerisches Artefakt sind. In dem alternativ verwendeten Begriff „in konstanten Preisen“ wird das sehr viel deutlicher, weil jedes Kind, jede Hausfrau und auch jeder Ökonom weiß, dass Preise in der rauen Lebenswirklichkeit natürlich nicht konstant sind. Die Berechnung in

jeweiligen Preisen ist auch keineswegs nur ein notwendiges Übel auf dem Weg zu den eigentlich spannenden Fragen nach dem realen Wirtschaftswachstum und seinen Komponenten, sondern hat für vielerlei Zwecke wie etwa die Steuervorausschätzungen, die Rentenanpassungen, die Geldmengensteuerung, die Tarifverhandlungen oder die Bemessung von Beiträgen zu internationalen Organisationen originäre Bedeutung.

Die heute übliche Antinomie „in jeweiligen Preisen“ und „in konstanten Preisen“ verdeckt, dass sich die Problematik keineswegs in einer nur dichotomen Struktur erschöpft. Es ist in der Theoriegeschichte auch immer wieder problematisiert worden, ob es zur Messung wirtschaftlicher Leistung einen anderen, objektiveren Wertmaßstab gibt als den des Preises, den sich das wirtschaftliche System über seinen Marktmechanismus selbst und sozusagen aus sich heraus generiert. Man braucht nur auf die Diskussionen in den 70er Jahren um die Sozialen Indikatoren und in den 80er Jahren um die Folgekosten des Wirtschaftens und das Ökosozialprodukt zu verweisen, um zu zeigen, dass die Suche nach einem objektiven Wertmaßstab keineswegs nur ein ad acta ruhender Vorgang der Dogmengeschichte ist. Aber selbst unter dem Primat der Marktpreise und unter Ausblendung von rein preisstatistischen Problemen wie etwa dem der Berücksichtigung von Qualitätsveränderungen in den Gütern und Diensten, deren Preisveränderungen man messen will, bleiben Punkte, die die Gesamtrechner in ihren Konzepten klären müssen und die im Einzelfall strittig sein können:

Wie sind diejenigen Größen, die wie die Abschreibungen, die unterstellten Bankdienstleistungen oder der Produktionswert des Staates schon in jeweiligen Preisen nur mit Hilfe von Konventionen bewertet werden können, zu deflationieren?

Wie sind Güter zu deflationieren, deren Preise via indirekte Steuern oder Subventionen „administriert“ sind?

Dürfen Geldströme wie etwa die Einkommen oder staatliche Transferzahlungen, die zum Kauf aller möglichen Güter und Dienste verwendet, aber auch gespart werden können, in der Güterverwendung also überhaupt noch nicht festgelegt sind, überhaupt deflationiert werden und, wenn ja, wie?

Sollen Löhne und Gehälter als Komponente der primären Inputs und damit über die Lohnkostensteigerung oder sollen sie als Komponente der Einkommen und damit über Preisindizes, die über die Entwicklung der Kaufkraft etwas aussagen, deflationiert werden?

Wie deflationiert man Saldogrößen wie etwa die Wertschöpfung oder den Außenbeitrag, die zwar ein-

² Fisher, *The Making of Index-numbers*, 2nd edition, Boston 1922, S. 75 (zitiert nach Haberler, S. 64 f.)

deutig der Sphäre der Güter und Dienste angehören, aber ebenso wenig selbst und unmittelbar in eine Preis- und in eine Mengenkategorie zerlegt werden können wie etwa der Gewinn eines Betriebes?

Diese Fragen seien hier zunächst nur angerissen. Sie stellen sich nicht nur den Produzenten der Zahlen, sondern auch die Nutzer der Gesamtrechnung müssen zumindest die Problematik kennen, wenn sie in der Analyse der realen Zahlen nicht Trugschlüssen aufsitzen wollen. Für die Europäische Union ist 1998 sogar rechtsverbindlich normiert worden, wie reale Werte zu berechnen seien. Annex 2 dieses Beitrages liefert eine Schilderung dieses Regelwerks.

Zunächst sollen einige dogmengeschichtliche Aspekte genannt werden, die für die Berechnung realer Werte durch die praktizierende Statistik wegbereitend waren. Thematische Bezüge gibt es zur objektiven Wertlehre der Klassiker, zur subjektiven Wertlehre der Neoklassik und der daraus entwickelten Preistheorie, zur Geldtheorie, zur Indextheorie und zur amtlichen Preisstatistik.

Hicks hat sich vor fast 60 Jahren zur Beziehung zwischen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der übrigen Volkswirtschaftslehre geäußert und dabei eine Analogie zu den medizinischen Teilgebieten der Anatomie und der Physiologie behauptet: So wie die Anatomie die Struktur des Körpers untersuche, so untersuche die Statistik und die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung die Struktur der Wirtschaft. Und so wie die Physiologie die Arbeitsweise des Organismus zum Inhalt habe, so befasse sich die übrige Volkswirtschaftslehre mit dem Ablauf des Wirtschaftssystems. Als deren Kernstück bezeichnet Hicks die Werttheorie, d. h. die Untersuchungen der Prinzipien der Preisbildung. Hicks sagt, dass ein vorheriges Eindringen in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung den Zugang zu den elementaren Stufen der Werttheorie erleichtere.³ Hicks' Aussage dürfte man wohl auch in dem Sinne umkehren, dass dogmengeschichtliche Grundkenntnisse der Werttheorie den Zugang zum Verständnis der Behandlung von Werten und Preisen in der VGR erleichtern. Denn der Erkenntnisfortschritt der Wissenschaft, den die Dogmengeschichte reflektiert, korreliert sehr eng mit der Entwicklung der Geldwirtschaft: So wie es zur Zeit der Metallwährung wenig Anlass zur Messung von Preisindizes und Realeinkommen gab, so sehr sieht heute die praktizierende Gesamtrechnung die Notwendigkeit und auch die bis weit in dieses Jahrhundert hinein bezweifelte Möglichkeit, hochelaborierte Deflationierungsmethoden einzusetzen.

³ Hicks (1962), S. 260 ff.. Die englische Erstveröffentlichung stammt aus dem Jahre 1942.

Der theoretische Zugang wird allerdings weder durch die englisch- noch durch die deutschsprachige Fachterminologie sonderlich erleichtert. In der einschlägigen Literatur stößt man auf verwirrend viele Begriffe, die sich um die Kategorien Geld, Preis und Wert drehen, und auf eine ebenso große Vielfalt von Wörtern, die mit „real“ oder „nominal“ beginnen. Vor allem der Begriff „Wert“ wird nicht nur in der Wirtschaftstheorie, sondern auch von Mathematikern, Theologen, Soziologen, Anlageberatern – um nur einiges zu nennen – in einer so reichhaltigen Bedeutungsvielfalt benutzt, dass die an sich zu begrüßende Verwendung von Wörtern der Umgangssprache in der wirtschaftstheoretischen Fachterminologie hier eher hinderlich ist. Hinzu kommen Wortkonstrukte wie „Lohnstückkosten“, die einen Bezug zur stofflichen Sphäre der Physis assoziieren, aber bei näherer Betrachtung rechnerische Artefakte darstellen.⁴ Es ist bei der Lektüre der einschlägigen Fachliteratur jedenfalls zu beachten, dass zwischen Preisbereinigung und Deflationierung, zwischen realen Werten und Realwerten, zwischen konstanten Preisen und konstantem Preisniveau feinsinnige, aber für das Verständnis der Sache teils elementare Unterschiede gemacht werden. Beim Wort „real“ muss Obacht gegeben werden, ob es als Antinom zu „nominal“ gemeint ist, also preisbereinigte oder deflationierte Größen kennzeichnen soll, oder ob es – wie sonst in der Wirtschaftstheorie üblich – als Adjektiv für die Welt der Güter und der Physis steht, in Unterscheidung von der der Finanzen und des Geldes. Am Begriff „Deflationierung“ irritiert die ihm innewohnende Asymmetrie, denn es ist kein Naturgesetz, dass Preise und Preisniveaus immer nur steigen. Der Begriff „reale Werte“ in der Überschrift dieses Beitrages wurde gewählt, weil er noch am wenigsten in eine bestimmte Richtung festgelegt ist. Es fehlt eigentlich ein generalisierender Begriff, der die hier angesprochene Thematik plastisch, griffig und eindeutig bündelt.

Es fehlt auch, so könnte man meinen, eine von der zeitgenössischen Wirtschaftstheorie vorgegebene klare Definition des realen Inlands- oder Sozialprodukts, an dessen theoretischem Gehalt sich die Messmethoden der Statistik und der Gesamtrechnung zu orientieren hätten. Zwar wird in den statistischen Veröffentlichungen und auch in den ökonomischen Lehrbüchern auf die statistischen Unvollkommenheiten des Sozialprodukts durchaus hingewiesen, aber für die Probleme der Gesamtrechnung gibt die Theorie wenig Hilfestellung. Die Praxis der Gesamtrechnungen habe – so wurde bereits vor 20 Jahren geur-

⁴ Lohnstückkosten werden üblicherweise als Quotient aus Einkommen aus unselbständiger Arbeit je erwerbstätigen Arbeitnehmer und dem realen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen gerechnet. Dieser Quotient sagt für sich allein genommen wenig aus, sondern bedarf der sorgfältigen Interpretation im Rahmen einer Zeitreihe.

teilt⁵ – in der Auseinandersetzung mit der ökonomischen Realität ein eigenes Verständnis dieser Realität entwickelt, und Diskrepanzen zwischen Theorie und Statistik müsse man nicht als Unvollkommenheit der Statistik einordnen, sondern als Inadäquanz der entsprechenden Theorie, die nur durch eine Änderung der Theorie aufzulösen ist.

Die Physiokraten und die objektive Wertlehre der Klassiker

Der erste Versuch, die Produktion von Gütern auf einem aggregierten Niveau kreislauftheoretisch darzustellen und auf diese Weise die Rolle des Tauschmechanismus zu ergründen, geht auf die französischen Physiokraten Mitte des 18. Jahrhunderts zurück. Für die Physiokraten, deren Lehre von der Herrschaft der Natur als Reaktion auf die merkantilistische Wirtschaftsordnung staatlicher Lenkung mit einseitiger Bevorzugung von Gewerbe und Handel zu verstehen ist, war allein der Boden die Quelle allen Reichtums, weil nur die Natur produktiv sei. Nur sie könne Güter schaffen, deren Gebrauchswert größer ist als ihre Produktionskosten. In Handel und Gewerbe, in Handwerk und Manufaktur würden lediglich Naturstoffe umgewandelt oder in Zirkulation gebracht.

Das tableau économique der Physiokraten geht von Tauschbeziehungen zwischen der produktiven Klasse (Landwirtschaft), der besitzenden Klasse (Grundeigentümer) und der sterilen Klasse (Handel und Gewerbe) aus. Es unterscheidet zwischen natürlichem Preis (Grundpreis) und laufendem Preis. Der prix courant schwankt je nach Angebot und Nachfrage um den Grundpreis. Der Grundpreis ist im Gewerbe gleich den Produktionskosten, in der Landwirtschaft wird dem natürlichen oder Grundpreis noch der durch das Wirken der Natur entstehende Reinertrag, der „produit net“, zugeschlagen, d. h. nach der Theorie des „wohlbemessenen Preises“ soll das Austauschverhältnis zwischen Landwirtschaftsproduktion und Manufakturwaren die notwendigen Transaktionen für den Produktionsprozess gewährleisten und dabei garantieren, dass der „produit net“ den Grundbesitzern in Form einer Rente zufließt. Der „produit net“ war also das Quantum an physischem Output, das nach Abzug der physischen Produktionskosten vom landwirtschaftlichem Output verblieb. Den Lohn sahen die Physiokraten im wesentlichen nach dem Existenzminimum des Arbeiters bestimmt.⁶

Das Konzept der realen physischen Kosten haben die klassischen Ökonomen in ihre Theorien aufgenommen. Ihr wichtigster Vertreter, David Ricardo, nahm – wie schon vor ihm Adam Smith – die Arbeit als Wert-

basis. Von Smith übernahm er auch die Überzeugung, dass die Grundeigentümer ihr Einkommen für Konsumgüter ausgeben und dass die Löhne der Arbeiter für nennenswerte Ersparnisse kaum Spielraum bieten können. Hauptquelle von Ersparnis und Kapitalakkumulation sei daher der Profit.⁷ Den natürlichen Preis für Arbeit, den Reallohnsatz, sah er als gegeben an, nämlich als Existenzminimum des Arbeiters und seiner Familie. Die Nichtarbeitseinkommen Grundrente und Profit seien dagegen residual bestimmt, sie setzen die Existenz eines Überschussprodukts oder eines gesellschaftlichen Surplus voraus, aus dem sie sich speisen. Für gegebene technische Alternativen der Produktion seien Reallohnsatz und Profitrate gegenläufig zugeordnet: Je höher der Reallohn, desto niedriger die Profitrate, und umgekehrt.

Der Zusammenhang zwischen solchen Änderungen in der Einkommensverteilung und dem System der relativen Preise stand im Mittelpunkt von Ricardos Überlegungen. Er wollte prüfen, ob man das Wachstum durch Umverteilung realer Ressourcen auf die Kapitalisten fördern solle, damit sie in produktive Unternehmen investieren (mehr als die Landlords, die sie für einen hohen Lebensstandard und das unproduktive Gesinde verschwenden würden). Dazu wollte er untersuchen, ob die Kapitalisten überhaupt mehr Ressourcen erhielten, wenn sich die Einkommensverteilung zugunsten der Profite änderte. Er suchte deshalb einen vom Tauschprozess unabhängigen, invarianten Wertmaßstab, um den gesellschaftlichen Output und den Surplus bestimmen zu können. Es sollte ein Maß sein, das in der Ökonomie den gleichen Zweck erfüllen kann wie Pfund und Meter als Maß für Gewicht und Länge und genauso gut als Begriffe für Gewicht und Länge selbst dienen konnte⁸: „Es wäre wirklich wünschenswert, wenn wir in der Nationalökonomie einen vollkommenen Maßstab für den absoluten Wert besitzen würden, um feststellen zu können, in welchem Verhältnis die Güter zueinander an verschiedenen Zeitpunkten stehen.“⁹ Ricardo hat also schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts das Motiv formuliert, so etwas wie das reale Bruttoinlandsprodukt und die reale Bruttowertschöpfung zu rechnen.

Die Klassiker der Nationalökonomie hatten sich in Reaktion auf die hohe Bedeutung, die der Merkantilismus dem zur damaligen Zeit noch stark metallgebunden Geld gegeben hatte, mehr mit den relativen Preisen und der Faktorallokation befasst und sich weniger für das absolute Niveau der Preise interessiert.

⁷ Pribram, S. 305

⁸ Kregel, S. 34 und 113 f.

⁹ The Works and Correspondence of David Ricardo, hrsg. von P. Sraffa, Cambridge 1951 - 72, Vol. IV, S. 396, zitiert nach Kregel, S. 114. Ricardo war aber klar, dass „wir kein vollkommenes Wertmaß haben können“ (Ricardo, S. 20 f.).

⁵ Reich et al., S. 23 f.

⁶ Schachtschabel, S. 40 f.

Nach J. S. Mill gibt es „für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft nichts Unwesentlicheres als Geld“. ¹⁰ Mit dem Begriff des „Geldschleiers“ wird zum Ausdruck gebracht, dass Änderungen auf der Geldseite ohne Einfluss auf das Niveau der realen Wirtschaftstätigkeit sowie die Austauschrelationen bleiben, sich jedoch auf das allgemeine Preisniveau auswirken. Die Nachfrage nach Geld blieb fast immer außer Betracht. Meistens wurde unterstellt, dass eine Vergrößerung der Geldmenge zu einem proportionalen Anstieg des Preisniveaus führen würde. Die klassische Schule neigte dazu, den Wert der Münzen ebenso auf ihre Produktionskosten zurückzuführen, wie sie den Wert aller anderen beliebig vermehrbaren Güter erklärte. ¹¹

Die objektive Wertlehre findet in der gängigen Fachliteratur der Gegenwart nur noch in den dogmengeschichtlichen Kapiteln Erwähnung. Die – nicht dem Mainstream zuzurechnende – postkeynesianische Theorie fühlt sich allerdings eng mit der klassischen Tradition von Ricardo und Marx und mit der objektiven Werttheorie verbunden. ¹² Auch die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechner stehen den Grundzügen der objektiven Wertlehre nicht allzu fern, wenn sie dort, wo Marktpreise fehlen, also etwa bei der Produktion staatlicher Dienstleistungen, kostenseitige Bewertungen vornehmen. ¹³

¹⁰ zitiert nach Schachtschabel, S. 238

¹¹ Schmölders, S. 438, Woll, S. 394

¹² Das Interesse an der Wertlehre von Ricardo und seinem Problem des invarianten Maßstabs hat Piero Sraffa mit seiner 1960 im englischen Original und 1976 in deutsch erschienenen Schrift „Warenproduktion mittels Waren“ wiederbelebt, indem er eine Lösung in Form einer Standardware vorschlug, welche eine Kombination aller im System produzierten Güter ist. Sraffas Modell fand großen Anklang und brachte die Gründung einer neoricardianischen Schule der Nationalökonomie mit sich. Siehe auch Kregel, S. 45, S. 118, Eltis, S. 206.

¹³ Dies findet aber nicht nur Kritik der bürgerlichen, sondern auch der sich auf Marx berufenden Ökonomik, die herausstellt, dass die zentral geplanten oder sozialistischen Volkswirtschaften bewusst auf die Berechnung der Wertschöpfung des gesamten Dienstleistungssektors inklusive des Staates verzichten (Bhaduri, S. 29). In der Tat haben die Vereinten Nationen für die Nationaleinkommensrechnung der zentralen Verwaltungswirtschaften in den RGW-Staaten bis vor einigen Jahren das sog. Material Product System (MPS) empfohlen, in dem der materielle Produktionsbegriff auf der marxistischen Arbeitswerttheorie basiert und in dem „nichtmaterielle“ Bereiche definiert sind, in denen Nationaleinkommen nicht entsteht, sondern ausschließlich verwendet wird (Stapel, S. 245 f.). Aber dieses Relikt der objektiven Wertlehre gehört bald der Vergangenheit an, denn mittlerweile gehen auch China und Kuba auf das 1993 revidierte System of National Accounts über, das in seinem Vorwort die Bemühungen zur Harmonisierung von MPS und SNA herausstellt.

Die subjektive Wertlehre der Neoklassik

Die Vorstellung von Smith und Ricardo, wonach der Tauschwert aller Arbeitsprodukte auf der Arbeit allein beruhe, wurde von den Sozialisten Proudhon, Lassalle und Rodbertus zwar aufgegriffen, aber erst von Karl Marx zu einer eigenständigen Arbeitswertlehre entwickelt. Marx jedoch verwandelte diese Theorie in ein Instrument, das die Wirkung antagonistischer Kräfte in der kapitalistischen Wirtschaft nachweisen sollte ¹⁴. Die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus beherrschte die volkswirtschaftliche Diskussion in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In Deutschland standen den Vertretern des Liberalismus und des Laissez faire und damit den Epigonen der klassischen Lehre die verächtlich Kathedersozialisten genannten Gelehrten gegenüber, von denen einige wie Gustav Schmoller und Adolph Wagner auch dem Historismus zugeordnet werden. Der Historismus oder die „Historische Schule“ bediente sich neben geschichtlichem Material auch der Statistik als Forschungsmittel. ¹⁵ Die Diskussion wurde äußerst kontrovers auch über die Methoden geführt, deren sich die Wirtschaftstheorie bedienen sollte. ¹⁶ „Die Situation zu Beginn dieses Jahrhunderts war gekennzeichnet durch das Nebeneinander klassischer und neoklassischer Denktraditionen, welches zum Miteinander wurde, sobald es um das Verhältnis zum gemeinsamen Gegner, der übermächtigen historischen Schule ging.“ ¹⁷

Die neoklassische Schule verfolgte mit der subjektiven Wertlehre einen völlig anderen Ansatz als die Klassiker. Sie baute auf der Grenznutzentheorie auf, deren Anhänger die Flexibilität der Tauschwerte hervorhoben und den Wert der Produktionsfaktoren aus

¹⁴ Marx, S. 43 ff., Pribram, S. 482

¹⁵ Schmölders, Historische Schule (HdWW), S. 71

¹⁶ Schumpeter (S. 10 f.) beklagte sehr anschaulich die Zerrissenheit und die damalige Perspektivlosigkeit der Nationalökonomie mit der Schilderung der Feier des hundertsten Geburtstages des „Wealth of Nations“ 1876 in London, die eher einer Leichenfeier als einem Jubiläum der Ökonomie geglichen hätte: „Wie Stein um Stein aus dem wissenschaftlichen Gebäude ... abbröckelte, so wurde ein praktisches Resultat nach dem anderen von den Tatsachen desavouiert.“ Allein die „Historiker“ würden Selbstbewusstsein und Schaffensfreude äußern. Diese Einschätzung von Schumpeter stammt aus dem Jahre 1908, der Zeit des sogenannten „Methodenstreits“, in dem sich die Historische Schule ihrerseits massiven Angriffen der Grenznutzenschule ausgesetzt sah, und dem Jahr vor der „Werturteilsdebatte“ auf der Wiener Tagung des Vereins für Socialpolitik. Der Methodenstreit entstand als Reaktion auf den Historismus in der Volkswirtschaftslehre. Er wurde in Deutschland insbesondere zwischen Gustav Schmoller und Carl Menger geführt.

¹⁷ Kurz, S. 283

dem der Produkte ableiteten, zu deren Produktion sie beitragen. Dieser Ansatz stand im klaren Gegensatz zu den Annahmen der objektiven Wertlehre, wonach der Wert eines Gutes durch seine Produktionskosten bestimmt wird.¹⁸ Die neoklassische Schule entwickelte abstrakte Modelle und bediente sich einer mathematischen Ausdrucksweise. Im Mittelpunkt stand die Analyse des Gleichgewichts. Die Neoklassik¹⁹ stellte die Konsumentenentscheidung und den Marktpreis, nicht mehr den „natürlichen“ oder „normalen“ Preis, in den Mittelpunkt der Überlegungen. Es wurde angenommen, dass der Konsument rational handelt und bei gegebenem Angebot an verfügbaren Gütern, bei gegebenen Preisen und bei gegebenem Einkommen den größtmöglichen Nutzen aus seinen Konsumausgaben erzielt. Der Wert jedes gekauften Gutes sei daher subjektiv durch die individuelle Nutzenfunktion und nicht durch die Produktionskosten oder die Arbeit bestimmt. Im Gleichgewicht sei der Wert eines Gutes sein Grenznutzen, unabhängig von den Kosten der Inputs. Entsprechend war der Ansatz am Gebrauchswert und nicht mehr am Tauschwert orientiert. Mit den psychologischen Kategorien wie „Bedürfnissen“ und „Sättigung“ schienen die „Marginalisten“ auch gelöst zu haben, was die Klassiker noch als Paradoxon empfunden hatten, nämlich, dass selbst lebenswichtige Güter wie das Wasser nur einen geringen Wert haben, wenn sie in genügendem Umfang vorhanden sind, während objektiv unwichtige Dinge wie etwa Diamanten einen hohen Preis kosten.²⁰ Diskrepanzen zwischen Wert und Preis waren nicht mehr vorgesehen, die Bestimmung des Surplus, die bei den Klassikern im Zentrum der Überlegungen gestanden hatte, war obsolet geworden. Allerdings setzte die subjektive Wertlehre für den marginalistischen Ansatz zur Erklärung der Preise ein bereits bestehendes Preissystem voraus.²¹

Der Marktpreis wurde also vollständig durch Angebot und Nachfrage erklärt. Es gab immer eine Konstellation der relativen Preise, die ein Überschussangebot oder eine Überschussnachfrage beseitigte. Die subjektive Wertlehre entwickelte sich zu der Preistheorie, wie sie heute noch weitgehend Bestand hat.²² Die

Modelle dieser Preistheorie sind allerdings sehr stark an empirisch kaum zu fassenden Kategorien wie Nutzen, Präferenzen oder Indifferenzen ausgerichtet. Der praktizierenden Preisstatistik liefert sie wenig Hilfestellung. Reich hat dies sehr drastisch formuliert: „Hätte die Statistik daran festgehalten, etwas zu messen, was in vorgeschriebener Weise Rückschlüsse auf den Nutzen von Verbrauchern im Sinne der mikroökonomischen Theorie zulässt, so hätten wir heute noch keine vernünftige Preisbeobachtung.“²³ Allerdings ist eine alternative, eigens für die Statistik der Preise entwickelte Theorie, abgesehen von der Indextheorie, auch nur in Ansätzen vorhanden.²⁴

Quantitätstheorie, Geldschleier und Keynes

Für die Neoklassik hatte die mikroökonomische Preistheorie die Aufgabe, die Relation der verschiedenen Preise zueinander zu erklären, nicht jedoch deren absolute Höhe. Es handelte sich um eine Gleichgewichtstheorie, in der Geld eigentlich nichts oder allenfalls als Tauschmittel etwas zu suchen hatte. Man glaubte, ganz in der Tradition der Klassik, dass Geld eine von den realen Dingen unabhängige Größe wäre, deren Eigengesetzlichkeit sich in der Quantitäts- oder Verkehrsgleichung des Geldes erschöpft, wonach die (als exogen vorgegeben angenommene) Geldmenge als Produkt aus Preisniveau und Gütermenge die absolute Höhe der Preise erklärt. Veränderungen der Geldmenge würden langfristig nur die Preise der Güter erhöhen (Postulat der Neutralität des Geldes). Geld galt vor Keynes als eine unnötige Komplikation, der Schleier sollte beiseite gezogen werden, um zur Analyse der „realen“ Variablen des Systems vorzudringen. Diese Ausblendung der Geldseite in Gestalt der Quantitätstheorie bildete den geldtheoretischen Teil der neoklassischen Lehre der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Quantitätstheorie war schon in der vorklassischen Zeit entwickelt worden und wurde in neuem Gewand wiederbelebt. Sie ist insbesondere mit dem Wirken von Knut Wicksell und Irving Fisher und mit der Cambridge-Schule und hier vor allem mit Alfred Marshall und Arthur Cecil Pigou verbunden.

Die Quantitätstheorie bildete einen Hauptangriffspunkt der Keynesianischen Revolution²⁵ Mitte des

¹⁸ Beibehalten wurde jedoch die Konzeption der Ökonomie als statisches Netz von Tauschwerten, mitsamt der Prämisse, dass die Marktwirtschaft von Wettbewerbskräften reguliert wird und dass individuelle Produzenten Gewinne maximieren. (Pribram, S. 774 f.)

¹⁹ Der Begriff der Neoklassik wurde von Thorstein Veblen in einem Aufsatz aus dem Jahre 1900 geprägt, aber es dauerte bis nach dem Zweiten Weltkrieg, bis sich der Begriff allmählich durchsetzte (Kurz, S. 275).

²⁰ Schmolders, S. 434

²¹ Pribram, S. 682

²² Kregel (S. 32) argwöhnt, dass der Begriff Preistheorie verbergen soll, dass die subjektive Wertlehre der Neoklassik etwas mit unwissenschaftlichen „Werturteilen“ und normativer Theorie zu tun habe.

²³ Reich (1998), S. 82

²⁴ Lange, S. 223

²⁵ Mit dem Namen John Maynard Keynes verbindet man die Überwindung der klassischen und neoklassischen Dichotomie von Wert- und Geldtheorie zugunsten einer integrierten, die Güter- und Geldpreisbildung simultan erfassenden „allgemeinen“ Theorie. Keynes hat mit der bis dahin geltenden Vorstellung aufgeräumt, dass die monetäre Nachfrage allein aus der Notwendigkeit zur

20. Jahrhunderts, bevor sie dann Ende der 60er Jahre von Milton Friedman und Karl Brunner in der Form des Monetarismus abermals neu belebt wurde. Die Auseinandersetzung zwischen Keynes einerseits und der Quantitätstheorie und dem Monetarismus andererseits lässt sich auch als Fortsetzung des Streits zwischen der „Currency-“ und der „Banking-Schule“ bezeichnen, der im 18. Jahrhundert um die Frage nach der Wirkung der Ausgaben von Papiergeld auf den Geldwert entbrannt war: Für die „currency“-theoretische monetaristische Position bestimmte die Geldmenge den Geldwert und das Preisniveau, während umgekehrt für die „banking“-theoretische keynesianische Position das Preisniveau die exogen vorgegebene und die Geldmenge die endogen bestimmte Größe ist. Die erstgenannte Position bezeichnet Ehrlicher als monetären und die zweitgenannte als realwirtschaftlichen Ansatz der Geldwertlehre. Diese beiden (makroökonomischen) Ansätze der Geldwertlehre bilden zusammen mit den beiden mikroökonomischen Zweigen der Wertlehre, der objektiven und der subjektiven Wertlehre, das Theoriegebäude zur Erklärung des Geldwertes.²⁶

Der realwirtschaftliche Ansatz von Keynes erklärt den Geldwert aus den Zusammenhängen der Einkommensentstehung und der Einkommensverwendung. Wenn das Sparvolumen hinter den Produktionskosten der Neuinvestitionen zurückbleibt, liegt eine inflatorische Lücke und im umgekehrten Fall eine deflatorische Lücke vor. Der Anstoß zur Weiterentwicklung der realwirtschaftlichen Geldlehre geht in den vierziger Jahren von den Problemen der Kriegs- und Nachkriegsfinanzierung aus, wie sie in Keynes' Schrift von 1940 „How to Pay for the War“ ihren Niederschlag gefunden haben. Die Geldwertlehre, die sich bis dahin symmetrisch mit Fragen der Steigerung wie auch der Senkung des allgemeinen Preisniveaus beschäf-

tigt hatte, fokussierte sich fast zwangsläufig auf die Entwertung des Geldes. Die Geldlehre wurde nach dem Krieg zur Inflationstheorie.²⁷ Die Inflation der 50er und 60er Jahre wiederum wird als ausschlaggebend für die Wiederbelebung der Quantitätstheorie in der Form des Monetarismus gesehen, weil sie als drängenderes Problem empfunden wurde als die Unterbeschäftigung, deren Beseitigung für Keynes eine zentrale Rolle gespielt hatte.²⁸

Keynes war stark an den Messproblemen in einer sinnvollen ökonomischen Theorie interessiert. Für ihn hatte Geld als Bindeglied zwischen der Gegenwart und der unsicheren Zukunft eine wichtige Funktion, denn es sei das liquideste und am wenigsten risikobehaftete aller möglichen Wertaufbewahrungsmittel. Er hatte aber Zweifel, ob Preise oder Preisniveau als Maßstab wirtschaftlicher Leistung geeignet seien.²⁹ Dies lag an seiner Skepsis gegenüber der damaligen Preisstatistik, mit der er sich 1930 in seinem „Treatise on Money“ sehr kritisch auseinandersetzte: „Es fehlt gegenwärtig sehr stark an befriedigenden Indizes der Kaufkraft. Bisher hat noch keine amtliche Stelle einen Index errechnet, den man ohne weiteres als Index der Kaufkraft bezeichnen könnte.“³⁰ Keynes (S. 66) wendete sich vor allem gegen den neoklassisch geprägten, auf Jevons und Edgeworth zurückgehenden Preisindextyp, der bewusst auf jegliche Wägung der Güter verzichtete, weil seine Konstrukteure – ganz im Geiste der Quantitätstheorie wie auch der Dichotomie von Geld- und Gütersphäre – glaubten,

- dass Veränderungen auf der Wareseite zwar die relativen Preise, aber nicht den Wert des Geldes an sich beeinflussen könnten,
- dass Veränderungen auf der Geldseite alle Preise nach Richtung und Ausmaß (vorbehaltlich gewisser zeitlicher Unterschiede) gleichmäßig verändern würden,
- dass der Preisindex die Aufgabe hätte, die „Veränderungen auf der Geldseite“ zu isolieren und
- dass eine genügend große Zahl voneinander unabhängiger, also ungewogener Einzelpreise beobachtet werden müsse, damit sich die erratischen Schwankungen der Preise soweit neutralisieren, dass sich als Residualkomponente die gesuchte Veränderung des Preisniveaus ergibt.

Keynes stellt deutlich heraus (S. 70), dass das Niveau der Preise und die Relation der Preise zueinander keineswegs zwei völlig voneinander unabhängige Phänomene seien, sondern dass das Preisniveau selbst

^{noch 25} Transaktion von Waren hervorginge, und gezeigt, dass es daneben auch spekulative und andere Gründe gibt, Geld in liquider Form zu halten und zu horten. Der Zinssatz sei nicht, wie die Neoklassiker behaupteten, durch die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals bestimmt, sondern sei Ausgleich für den Verzicht auf Liquidität. Keynes ging davon aus, dass der Zinssatz zusammen mit den anderen Größen seines Systems durch die gemeinsame Aktion der „realen“ (Sparen und Investition) und der „monetären“ Faktoren (Angebot von und Nachfrage nach Geld) bestimmt wird. Seine Zinstheorie stellte die Verbindung zwischen der realen und der monetären Sphäre her (Napoleoni, S. 59). Letztlich hat er auf diese Weise die Ansicht der Neoklassiker widerlegt, dass eine Volkswirtschaft im Falle einer Depression allein durch das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage auf den Gütermärkten und auf dem Arbeitsmarkt quasi naturgesetzlich zu einem Gleichgewichtszustand zurückfinden und die Arbeitslosigkeit zum Verschwinden bringen würde.

²⁶ Ehrlicher, S. 379

²⁷ Ehrlicher, S. 387

²⁸ Woll, S. 396

²⁹ Kregel, S. 44 und 152

³⁰ zitiert nach der deutschen Übersetzung „Vom Gelde“, Keynes, S. 46 ff.

eine Funktion der relativen Preise sei und – was uns heute als völlig selbstverständlich erscheint – dass ungewogene Preisindizes „in einer richtig verstandenen Diskussion ... überhaupt keinen Platz finden“. Keynes wendete sich schon im „Treatise on Money“, also 1930, dagegen, dass die damals herrschende Wirtschaftstheorie von dem Gedanken durchdrungen sei, dass die diversen Preisindizes „letzten Endes doch praktisch nahezu auf das gleiche hinauslaufen“ würden. Er macht dafür explizit die – wie er sie nennt – „normale“ Wertlehre und deren Annahme eines vollkommenen Marktes verantwortlich, derzufolge sich im Falle einer Veränderung von der Geldseite her die Preise ohnehin weitgehend gleichförmig verändern.³¹

Die Bedeutung von Keynes für die moderne Makroökonomie und für die Entwicklung volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen ist hinlänglich bekannt. Wenn man will, kann man sogar in Neuerungen des SNA von 1993 den Einfluss seines „Treatise on Money“ erkennen, denn dort spricht er in einem kurzen theoretischen Kapitel zum Preisindex bereits die Vorteile des Indexes von Fisher und des Kettenindexes an. Die Namen Laspeyres und Paasche nennt er nicht.

Preis- und Mengenvergleich im SNA 1968

Mit dem Namen John Maynard Keynes verbindet man auch die moderne Makroökonomie und die daraus erwachsenden Impulse für die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Auf seine Anregung hin erschien 1941 die erste offizielle Gesamtrechnung Großbritanniens, erarbeitet im wesentlichen von James Meade und Richard Stone. Dies war auch der Nukleus der Nachkriegsarbeiten an den internationalen Standardsystemen. Noch auf Initiative des Völkerbundes 1945 hatte eine Sachverständigengruppe unter Richard Stone ein Gesamtrechnungssystem entwickelt, das von den Vereinten Nationen veröffentlicht wurde und das die Grundlage für das System of National Accounts wurde, das 1953 erschien und 1968 und dann noch einmal 1993 grundlegend revidiert wurde.

Die Fassung des SNA von 1953 bestand aus noch nicht einmal 50 Seiten, das „Blue Book“ von 1968 war immerhin schon 245 Seiten stark, und das jüngste SNA umfasst mehr als 700 Seiten. Proportional ist auch die Ableitung realer Größen im SNA ausgebaut worden: Das SNA von 1953 beschäftigte sich überhaupt noch nicht damit, das von 1968 schon in einem 18-seitigen, eigenen Kapitel („The System as a Basis for Quantity and Price Comparisons“), und das Kapitel „Price and Volume Measures“ im SNA 1993 umfasst 27 Seiten. Die beiden Kapitelüberschriften lassen er-

kennen, dass es zwischen 1968 und 1993 einen terminologischen Wechsel von „Preisen und Mengen“ hin zu „Preisen und Volumen“ gegeben hat. Darauf ist noch einzugehen.

Das SNA von 1953 hatte durchaus schon thematisiert, dass sich Preise im Zeitablauf ändern, denn auch wenn nur jeweilige Preise und keine realen Werte berechnet werden, muss für die Berechnung von Abschreibungen und Lagerbestandsveränderungen geklärt sein, wie man mit Preisen von in früheren Jahren gekauften Gütern umgeht. Die damals knapp formulierte Regel in der SNA-Urfassung³², wonach Abschreibungen und Lagerbestandsveränderungen in Preisen der laufenden Periode nachzuweisen sind, Abschreibungen also auf die Wiederbeschaffungswerte der Kapitalgüter angesetzt werden, hat auch heute noch Bestand.

Das Kapitel über Preis- und Mengenvergleiche im SNA von 1968 ist nicht als reine Handlungsanweisung, quasi als „Kochrezept“ abgefasst, sondern hat – wie in noch stärkerem Maße das entsprechende Kapitel im SNA 1993 – lehrbuchartigen Charakter, indem es Empfehlungen u. a. zum Umgang mit zusammengesetzten Produkten, mit Handels- und Transportspannen, mit Mode- und Saisonartikeln und mit Qualitätsveränderungen gibt. Den Kontext zwischen Preisstatistik und Gesamtrechnung skizziert das SNA 1968 im Vergleich zu seiner revidierten Fassung von 1993 allerdings noch zurückhaltend, indem es weitgehend die statistische Praxis in den Industrienationen wiedergibt und dabei noch nicht einmal erschöpfend ist. So fehlen 1968 noch Hinweise zur Berechnung internationaler Kaufkraftparitäten.

Das SNA 1968 stellt deutlich heraus, dass in dem Bemühen, aus nominalen Wertaggregaten reale Größen abzuleiten, zwei voneinander völlig verschiedenen Ansätze zu unterscheiden seien, nämlich

- die Zerlegung der Transaktionen der Güter- und der Produktionskonten in ihre Preis- und ihre Mengenkomponekte und
- die Ermittlung von Realeinkommen.

Da Einkommen oder auch Transferzahlungen zwar die Möglichkeit bieten, Güter zu kaufen, aber nicht von vornherein in Güter- und Mengenstrukturen zerlegbar sind, bedeutet die Ermittlung von Realeinkommen vor allem, Güter auszuwählen, deren Preisveränderung als stellvertretend für die Kaufkraftveränderung gelten kann. Richard Stone, der maßgebliche Schöpfer der SNA-Versionen von 1953 und 1968, hatte schon 1956 die Erkenntnis formuliert, dass es nicht möglich sei, die Nicht-Güter-Ströme so zu defla-

³¹ Keynes, S. 72

³² United Nations (1953), S. 33 f.

tionieren, dass die Konten der Gesamtrechnung nicht nur in jeweiligen, sondern auch in konstanten Preisen zu einem Ausgleich im Sinne der doppelten Buchhaltung kommen.³³ Das SNA von 1968 befasst sich nicht weiter mit der Ermittlung von Realeinkommen, sondern stellt – wie es der Name des betreffenden SNA-Kapitels auch verlauten lässt – lediglich auf die erstgenannte Kategorie ab, also auf die Zerlegung von ausgewählten Aggregaten des Systems in eine Preis- und eine Mengenkomponeute. Dass es in den Güter- und Produktionskonten mit der Wertschöpfung auch eine Saldogröße gibt, die nicht unmittelbar in eine Preis- und eine Mengenkomponeute zerlegbar ist, problematisiert das SNA nicht sonderlich. Es dekretiert kurzerhand (Ziffer 4.41 und 4.78), dass die reale Wertschöpfung die Differenz zwischen realem Output und realer Vorleistung sei. Diese unter den Namen „doppelte Deflationierung“ bekanntgewordene Technik ist in Deutschland insbesondere von Neubauer massiv kritisiert worden³⁴, worauf noch einzugehen ist.

Das SNA 1968 empfiehlt (Ziffer 4.47) die Verwendung der gängigen Indizes vom Typ Laspeyres oder Paasche mit von Zeit zu Zeit wechselnden Basisjahren. Es erörtert kurz die Möglichkeit, das Basisjahr sogar jährlich zu wechseln und – wie es das SNA 1993 explizit empfiehlt (s.u.) – einen Kettenindex zu verwenden, spricht aber dafür keine ausdrückliche Empfehlung aus, weil der Datenbedarf dafür sehr groß sei.

Die Diskussion um die „realen“ Größen in Deutschland

Der tiefen Verwurzelung des SNA in der angelsächsischen Tradition dürfte es zuzuschreiben sein, dass das Problem der Deflationierung erst relativ spät Eingang in das SNA gefunden hat. In Deutschland ist die Diskussion um die realen Werte schon seit vielen Jahrzehnten sehr intensiv geführt worden, nicht zuletzt wohl auch wegen der Erfahrung mit Hyperinflationen.

Deutschland hatte schon Mitte der zwanziger Jahre als wohl erstes Land überhaupt die amtliche Statistik mit Volkseinkommensberechnungen betraut, „– nicht etwa weil wir an der Spitze der Forschung marschiert wären (was nicht der Fall war), sondern weil wir solide Zahlenunterlagen zur Abwehr überhöhter Reparationsforderungen gebrauchten, nachdem der Dawes-Plan (1924) einen sehr groben und bedenklichen Wohlstandsindex vorgesehen hatte, mit dem die Leistungsfähigkeit Deutschlands laufend gemessen werden sollte.“³⁵ Die Vorstellungen des Dawes-Plans zur Neuregelung der Reparationen, die Deutschland

nach dem Ersten Weltkrieg im Versailler Vertrag aufgelegt worden waren, sind nicht voll in die Realität umgesetzt worden, weswegen auch in den Geschichtsbüchern von einem „Plan“ gesprochen wird. Gleichwohl: Der Dawes-Plan erreichte 1924 Gesetzeskraft³⁶. Insofern dürfte der Wohlstandsindex des Dawes-Plans den geschichtlich gesehen ersten und wohl auch einzigen Versuch darstellen, die Zunahme des Wohlstands in einer Volkswirtschaft auf gesetzlich vorgeschriebene Weise mit Veränderungen nominaler Aggregate, aber auch symptomatischer Realgüter messen zu wollen.³⁷ Er sollte sich errechnen u. a. aus der Gesamtsumme der deutschen Ein- und Ausfuhr, aus den Haushaltsvolumina des Reiches und seiner Staaten Preußen, Sachsen und Bayern, aus dem Gesamtgewicht der auf den Eisenbahnen transportierten Güter, aus dem Verbrauch von Zucker, Tabak, Bier und Branntwein, aus dem Pro-Kopf-Verbrauch an Steinkohle und aus bevölkerungsstatistischen Merkmalen. Dieser von einer Sachverständigenkommission entwickelte Index sollte kein Wägungsschema haben, sondern als arithmetisches Mittel aus den einzelnen errechneten Veränderungen gebildet werden. Er sollte zur Berechnung eines Zuschlages auf die Reparationen ab dem Jahre 1929/30 dienen, die Deutschland jährlich aus dem Reichshaushalt zu leisten hatte und deren Grundbetrag schon 1924 festgelegt wurde. Zur Anwendung des Wohlstandsindex ist es nicht mehr gekommen, denn die Dawes-Gesetze wurden durch den rückwirkend ab September 1929 geltenden Young-Plan abgelöst.

Der Wohlstandsindex des Dawes-Plans stieß auf massive Kritik der zeitgenössischen Fachwelt. Es gab aber auch Vorbehalte gegen gesamtrechnerische Ansätze überhaupt. Es sei „geradezu falsch und gefährlich, die Uneinheitlichkeit, die die einzelnen Zahlenreihen der verschiedenen Wirtschaftsstatistiken zeigen, durch Konstruktion irgendwelcher Gesamtindices zu beseitigen“.³⁸ Der Verein für Socialpolitik hatte sich auf seiner Wiener Tagung von 1926 kritisch mit „Volkseinkommen und Vermögen“ befasst und kam zu dem Schluss, dass nach der Tagung „wohl der letzte Rest von Hochachtung gegenüber Versuchen, eine einfache Summe für Volkseinkommen und Volksvermögen zu nennen, verschwunden sein“³⁹ werde.

³⁶ Gesetz über die Londoner Konferenz. Vom 30. August 1924. Reichsgesetzblatt Teil II, Jahrgang 1924, S. 289 ff. Die Bestimmungen zum Wohlstandsindex finden sich in Kapitel II der Unterlage I zu Anlage I des Schlussprotokolls, dessen Annahme Gegenstand des Gesetzes ist.

³⁷ Man kann den Wohlstandsindex des Dawes-Plans insofern auch als historischen Vorläufer für die Soziale-Indikatoren-Bewegung der 70er Jahre in Anspruch nehmen.

³⁸ Müller, S. 325

³⁹ aus dem Schlusswort von K. Diehl, zitiert nach Hofmann, S. 17

³³ Stone, S. 93

³⁴ Neubauer, S. 247 ff.

³⁵ Jostock, S. 5

In diese Zeit fällt auch die wissenschaftliche Diskussion über objektiven oder subjektiven Geldwert⁴⁰, deren Ergebnis eine Absage an die Berechnung von Realeinkommen darstellt und die mit ähnlichen Argumenten – mit allerdings anderem Ausgang – in den 70er und 80er Jahren in Deutschland wieder auflebte (s. u.). Die Gesamtrechnung war in den 20er Jahren, also noch vor Keynes, noch auf die Ermittlung des Volkseinkommens ausgerichtet. Die Diskussion ging darum, ob man den Wert einer Geldeinheit objektiv messen könne oder ob der Geldwert nur subjektiv fassbar sei. Die Subjektivisten um Friedrich von Wieser, Gottfried Haberler und Zwiedineck-Südenhorst haben sich – fußend auf der subjektiven Wertlehre – mit der Meinung durchgesetzt, dass es einen objektiven, für alle Mitglieder der Volkswirtschaft gleichmäßigen, durch den Preis gegebenen Geldwert nicht geben würde, denn der Geldpreis auf dem Markt würde zwar Einheitlichkeit aufweisen, würde aber jedem Wirtschaftssubjekt je nach dessen Einkommen und dessen persönlicher Wirtschaft etwas anderes sagen. Die Aufstellung eines einzigen Geldwertindex, auf den die Preisbewegungen der Warengesamtheit reduziert werden können, wäre erkenntnistheoretisch von geringem Wert.⁴¹ Ein volkswirtschaftliches Preisniveau, eine volkswirtschaftliche Kaufkraft, einen objektiven, überpersönlichen Tauschwert des Geldes würde es nicht geben.⁴² Aus der Auffassung, dass es keinen objektiven Geldwert gebe, schloss man konsequenterweise auch, dass sich die Wissenschaft einer Grenzüberschreitung schuldig machen, ein Werturteil fällen würde, wenn sie Realeinkommen messen und vergleichen wollte.⁴³

Dem seit Beginn des 20. Jahrhunderts sich vollziehenden Aufbau einer Statistik über Sozialprodukt und Volkseinkommen in Deutschland und anderswo stand die Nationalökonomie also weitgehend ablehnend gegenüber.⁴⁴ Erich Schneider diagnostizierte für die

20er Jahre ein Auseinanderklaffen von Wirtschaftstheorie („theory without measurement“) und Wirtschaftsstatistik („measurement without theory“). Die Zeit sei noch nicht reif gewesen „für jene Synthese von Wirtschaftsbeobachtung und makroökonomischem theoretischen Denken, die erst in unserer Zeit (gemeint ist 1952, d. Verf.) unter dem Einfluss der ‚General Theory‘ von J. M. Keynes Wirklichkeit geworden ist“.⁴⁵

Aber schon in den 30er Jahren gewann die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung in Deutschland an Ansehen und Bedeutung, insbesondere nachdem das Statistische Reichsamt 1932 erste Zahlen präsentiert und Grünig 1933 seinen „Versuch der praktischen Anwendung der Kreislaufuntersuchungen auf die deutsche Volkswirtschaft“ vorgelegt hatten. Im Zweiten Weltkrieg interessierten natürlich weniger die Einkommensaggregate, sondern vor allem die physische Seite der Produktion: Wie viel Rohstoffe, Betriebsstoffe, Hilfsstoffe und Arbeitskräfte wurden benötigt, um diesen oder jenen Produktionsausstoß zu sichern.⁴⁶

Immerhin waren die Vorkriegsergebnisse geeignet, dem Statistischen Bundesamt für die ersten Sozialproduktberechnungen ab 1949 als Orientierungsgrößen zu dienen: Die Entstehung des Sozialprodukts rechnete es zunächst beihilfsmäßig, indem es die für die Vorkriegszeit ermittelten Werte mit Hilfe von Produktions- und Preisindizes fortschrieb. Das Statistische Bundesamt hat von Anfang an nicht nur in jeweiligen, sondern auch in konstanten Preisen gerechnet. Es meinte damals, über einen Preisindex der indus-

⁴⁰ Zum nahezu äquivokalen Begriffspaar objektive/subjektive Wertlehre besteht nur ein sehr mittelbarer Zusammenhang. Haberler (S. 96 f.) sieht den Begriff „subjektiver Geldwert“ für die Grenznutzentheorie reserviert und benutzt zur Vermeidung von Verwechslung als Antinomie zum „objektiven Geldwert“ das „subjektive Preisniveau“ und die „Kaufkraft des Geldes für eine bestimmte Person“.

⁴¹ Hofmann, S. 152 f.

⁴² Haberler, S. 98

⁴³ Haberler, S. 83

⁴⁴ Haberler beginnt sein Vorwort mit einem analogen Urteil über das Verhältnis Statistik zu Wissenschaft: „Fast die gesamte Literatur über die Preisindexzahlen bewegt sich in zwei Extremen. Auf der einen Seite stehen – in großer Überzahl – die Indexgläubigen, meistens Statistiker, die ziemlich unbeschwert von theoretischen Bedenken an die Sache herantreten; sie ... beginnen ohne das Wesen des Messungsobjektes (Preisniveau, Geldwert) zu klären frisch drauf los zu rechnen, stellen an die rich-

noch ⁴⁴ tige Berechnungsmethode bloß formalmathematische Anforderungen und freuen sich dann sehr, wenn sie Methoden ausfindig machen, die jenen von ihnen aufgestellten Kriterien entsprechen. ... Auf der anderen Seite finden wir eine radikale Skepsis, die die Möglichkeit der Messung des Geldwertes oder Preisniveaus überhaupt leugnet oder gar die Existenz eines volkswirtschaftlichen Geldwertes in Abrede stellt.“ Haberler rechnet zur erstgenannten Gruppe auch Irving Fisher, zur zweitgenannten Knut Wicksell und Ludwig von Mises. Konsequenterweise trennt er sein Werk über den Sinn der Indexzahlen in einen „mathematisch-statistischen“ und einen „ökonomischen Teil“.

⁴⁵ Schneider, S. 110 und 115

⁴⁶ Hofmann, S. 21. In einem Buch von 1944 heißt es: „Die praktische Bedeutung der Statistik ist umso größer, je mehr die Gesamtheit in das Wirtschaftsleben eingreift. Wenn die Volkswirtschaft dem freien Spiel der Kräfte überlassen bleibt, dann besteht für den Staatsmann und den Volkswirt wenig Interesse an einer zahlenmäßigen Feststellung der Verhältnisse. Eine verantwortliche Führung muss jedoch die Tatsachen und Zusammenhänge kennen und ihre Kräfte sowie die Wirkungen ihrer Maßnahmen übersehen.“ (A. Hesse, Grundriss der politischen Ökonomie, vierter Band, Statistik, zweite Auflage, Jena 1944, S. 5)

triellen Wertschöpfung verfügen zu müssen und rechnet diesen Index, indem es die industriellen Nettoproduktionswerte von 1936 als Grundlage und als Wägungsschema benutzte und mit dem 1949 auf den Weg gebrachten „Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte“ fortschrieb. Es hielt die Ergebnisse seiner Berechnungen wegen der dahinterstehenden Annahme, dass die Preisentwicklung der Wertschöpfung und die der Waren parallel laufe, für „keinen einwandfreien Maßstab für die mengen- bzw. preis-mäßige Entwicklung der Wertschöpfung“.⁴⁷ Da die mengenmäßige Entwicklung der Wertschöpfung schwer unmittelbar zu erfassen sei, müsse sie eigentlich indirekt über die Differenz zwischen erzeugten Gütermengen (zu festen Preisen) und Vorleistungen anderer Wirtschaftsbereiche und Industriezweige (zu festen Preisen) errechnet werden. Von Hildegard Bartels wird also schon 1951 das Thema der doppelten Deflationierung angesprochen. Die – wie sie es damals nannte – indirekte Methode problematisierte sie zwei Jahre später in ihrem richtungsweisenden Aufsatz, in dem sie diverse Methodenhinweise im Detail gab, auch sehr deutlich für den Außenbeitrag.⁴⁸

Die Sozialproduktsberechnung war in der Bundesrepublik Deutschland schon so früh auf den Weg gebracht worden, weil man die Ergebnisse zur Umsetzung des Marshallplans dringend benötigte.⁴⁹ Mit dem ERP-Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ stand dem Statistischen Bundesamt ein Gremium zur Seite, dem Vertreter der Ministerien, der Bank deutscher Länder, der Wirtschaft und der Gewerkschaften angehörten. Daneben gab es einen gleichnamigen Arbeitskreis deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, in dem auch die Statistischen Landesämter vertreten waren.⁵⁰

Das Statistische Bundesamt war viele Jahre mit dem Auf- und Ausbau des VGR-Kontensystems beschäftigt. Fragen der Deflationierung spielten in den ersten zwei Nachkriegsjahrzehnten keine große Rolle. Das änderte sich aber schlagartig Mitte der 70er Jahre. Im März 1974, also im Jahr des ersten Ölpreisschocks, veröffentlichte Neubauer seinen Aufsatz mit dem Titel „Irreales Inlandsprodukt in konstanten Preisen“. Er löste zwar keinen Schock aus, wohl aber eine sehr intensive Diskussion. Den Neubauer-Aufsatz und den

Ölpreisschock verbindet nicht nur der Zufall der Gleichzeitigkeit, sondern auch ein gewisser sachlogischer Zusammenhang, auf den weiter unten eingegangen wird.

Neubauer kritisierte vehement die gängige Praxis der Deflationierung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, insbesondere die Technik der doppelten Deflationierung. Er machte geltend, dass Größen wie der Außenbeitrag oder die Wertschöpfung eigentlich nicht deflationiert werden könnten, da ihnen die Mengenstruktur fehle. So wenig, wie man den „realen“ Gewinn eines Unternehmens rechnen könne, so wenig könne man aus der Veränderung eines Nettoproduktionswertes die Veränderung einer physischen Komponente isolieren. Im übrigen sei offen, welchen ökonomischen Sinn die bei doppelter Deflationierung entstehenden Salden haben sollten. Häufig könne sogar aus einem in nominaler Rechnung positiven Außenbeitrag oder aus einer nominal positiven Wertschöpfung durch diese Technik der Deflationierung ein negativer Wert werden.⁵¹

Das in jeweiligen Preisen wirklich vorhandene Erkenntnisobjekt werde durch die Bildung vermeintlich realer Werte deformiert. Er schlug als Alternative vor, auf eine differenzierte Deflationierung von Preisen überhaupt zu verzichten und stattdessen das Inlandsprodukt und die Beiträge dazu als Einkommensströme aufzufassen und mit einem Einheitsdeflator, der die Verfälschung des volkswirtschaftlichen Preisniveaus von der Verwendungsseite her zum Ausdruck bringt, „realwertorientiert“ zu deflationieren. Das Ergebnis sei dann nicht ein Bruttoinlandsprodukt „zu konstanten Preisen“, sondern eines bei „konstantem Preisniveau“. Im Kern ist dies natürlich die Vorstellung, die die Subjektivisten in der Debatte der 20er Jahre um den objektiven oder subjektiven Geldwert vehement abgelehnt hatten.

⁴⁷ Bartels (1951), S. 143

⁴⁸ Bartels (1953), S. 49 f.

⁴⁹ 1952, als der Vertrag über die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft geschlossen wurde, kam als weiterer wichtiger Anwendungsbereich für die Sozialproduktsberechnung die Ermittlung der Verteidigungslasten hinzu. Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft scheiterte allerdings 1954.

⁵⁰ Bartels (1952), S. 142

⁵¹ Neubauer (1974) macht einleitend in seinem Beitrag auch auf das seiner Auffassung nach nicht genügend beachtete Problem aufmerksam, die Veränderungen der Qualität der Güter sauber zu berücksichtigen. Er kritisiert die, wie er sagt, „schlimme Blindheit unserer Preis- und Produktionsstatistik gegenüber Qualitätsänderungen in den Produkten“ und artikuliert damit, was etwa 20 Jahre später in der Auseinandersetzung mit dem Papier der nach ihrem Vorsitzenden benannten Boskin-Kommission in den Vereinigten Staaten thematisiert worden ist. Die Boskin-Kommission hatte der Frage nachzugehen, ob der dortige Consumer Price Index vom Typ Laspeyres nicht wegen des festen Warenkorbes die Substitution zwischen Güterarten und Güterqualitäten untererfassen würde und damit systematisch überhöht sei. Mit dem Bericht und den Empfehlungen der Boskin-Kommission setzt sich Neubauer allerdings sehr kritisch auseinander (Neubauer 1998).

Neubauer hat mit seinem Aufsatz Gegenreaktionen ausgelöst⁵² und darauf 1978 mit einem weiteren Beitrag reagiert, in dem er schon in dessen Titel einen Unterschied geltend macht zwischen einem „preisbereinigten“ und einem „inflationbereinigten“ realen Inlandsprodukt. Mit „preisbereinigt“ meint er den herkömmlichen, möglichst differenzierten Ansatz von Preisindizes je Güterbündel, bei der sich zwangsläufig auch die Relationen der Preise zueinander verändern würden. Die Anwendung eines Einheitsdeflators dagegen würde die Preisrelationen konstant lassen und lediglich die allgemeine Geldwertung eliminieren. Deren Ergebnis solle also treffender mit „inflationbereinigt“ bezeichnet werden.

Nach einigen Jahren der Debatte um die Neubauer-Thesen bleibt festzuhalten, dass zwar die doppelte Deflationierung weiterhin praktiziert wird, dass aber auch die realwertorientierte Deflationierung im Datenangebot der Gesamtrechnung ihren Platz hat. Und hier kommt der angedeutete Zusammenhang zwischen Neubauers Aufsatz und dem Ölschock zum Tragen. Die Jahre nach dem Ölpreisschock von 1974 waren geprägt von erheblichen Veränderungen in den Terms of Trade. Das in der Theorie seit langem bekannte Problem der (doppelten) Deflationierung des Außenbeitrages über seine Komponenten Export und Import wurde nun in aller Deutlichkeit auch empirisch relevant, und die Interpretation der Zahlen erforderte hohen analytischen Anspruch. So hat sich die massive Verbesserung der Terms of Trade 1986 gegenüber 1985 um 11 % des Außenhandelsvolumens im Sozialprodukt zu jeweiligen Preisen völlig methodengerecht als kräftige Erhöhung niedergeschlagen, im Sozialprodukt zu konstanten Preisen jedoch – in Anwendung der (doppelten) Deflationierung des Außenbeitrages ebenfalls völlig methodengerecht – dagegen nicht. Der Außenbeitrag 1986 hat sich gegenüber 1985 in nominaler Betrachtung stark erhöht, in konstanten Preisen gerechnet ist er gesunken. Von den beiden Komponenten des Volkseinkommens (jeweilige Preise) stiegen die Bruttoeinkommen aus Unternehmerstätigkeit und Vermögen doppelt so stark an wie die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit.⁵³ Das Statistische Bundesamt erklärte dies et-

was sophisticated⁵⁴ als eine Verteuerung der Unternehmerleistung, denn die Unternehmen hätten die Verbesserung in der Austauschrelation von Im- zu Exporten, die ihnen ohne jeglichen zusätzlichen Faktorinput zugeflossen ist, für sich behalten und nicht als Preissenkung an ihre in- und ausländischen Kunden weitergegeben.⁵⁵ Mit der Unternehmerleistung wurde also eine Preiskomponente ins Spiel gebracht, die nirgendwo gemessen und in keinerlei Preisindex inkorporiert wird.

Das Statistische Bundesamt hat, vermutlich als Reaktion auf eine Debatte mit dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung⁵⁶, aber nicht zuletzt wegen der Problematik der Terms of Trade 1987 damit begonnen, (unregelmäßige) Realeinkommensberechnungen vorzulegen,

⁵⁴ Neubauer (1974), S. 253, in anderem Zusammenhang: „Die sogenannte Unternehmerleistung wird von dem gesamten Management und von den Kapitalgebern zusammen erbracht. Es gibt keine Faktorleistung, Bereitstellung von Gewinn' n e b e n der Bereitstellung von Arbeitsleistungen, Kapitalleistungen, Bodenleistungen. Der Residualgewinn ... ist keine Kategorie der Produktionssphäre, sondern eine der Verteilung.“

⁵⁵ Das Statistische Bundesamt in seiner Pressekonferenz am 7. 1. 1987: „Die im Sozialprodukt gespiegelte Verteuerung der Wirtschaftsleistung sagt nicht unmittelbar etwas über die tatsächliche Preisentwicklung der Verkaufspreise aus. Als Verteuerung wird dabei beispielsweise auch gezählt, wenn ein Unternehmer einen Kostenvorteil – z. B. aus verbilligten Einfuhren – nicht weitergibt und so den Stückgewinn erhöht. Der Preis der Unternehmerleistung wäre also gestiegen.“

⁵⁶ Der Sachverständigenrat hatte schon in seinem Jahresgutachten 1964/65 bemerkt (Ziffer 149): „Im großen und ganzen sind wir bei der Untersuchung des Preisindex für die Lebenshaltung und seiner Bemessungsgrundlagen zu dem Ergebnis gekommen, dass man ihn ohne schwerwiegende Bedenken als konventionellen Maßstab für die Geldwertentwicklung in der Bundesrepublik akzeptieren kann“ (zitiert nach Angermann und Stahmer 1976). In seinem Gutachten 1984/85 widmet er dem Thema ein eigenes Unterkapitel („Was ist das reale Sozialprodukt?“, Ziffern 246 bis 253), schließt sich der Gedankenführung Neubauers an und hält das mit dem Preisindex der letzten inländischen Verwendung deflationierte Sozialprodukt für geeignet, als Maßstab für das gesamtwirtschaftliche Realeinkommen zu dienen. Das folgende Jahresgutachten 1985/86 (S. 192 f.) veröffentlicht die Antwort des Statistischen Bundesamtes darauf, das ganz in der Tradition der subjektiven Geldwertlehre es nicht für richtig hält, „durch eine mehr oder minder willkürlich getroffene Wahl quasi ‚per Amt‘ zu verkünden, welches der angemessene Indikator für den allgemeinen Geldwertschwund ist“. Das Statistische Bundesamt verteidigt die Methode der doppelten Deflationierung als die international vereinbarte und übliche und weist darauf hin, dass die „im Grunde richtigen Einwände“ auch gegen die realwertorientierte (Einheits-) Deflationierung ins Feld geführt werden könnten, denn letztlich sei jede Darstellung in konstanten Preisen eine Fiktion.

⁵² Das Statistische Bundesamt (Angermann und Stahmer 1976) scheine, so Neubauer 1978 (S. 124), „ein Unbehagen über die Methode der doppelten Deflationierung zu teilen“, sehe aber „bislang keine überzeugende Alternative“. Reich (1979) stützt Neubauers Kritik und ergänzt (S. 151), dass es auch anderen Größen wie etwa den Abschreibungen, den indirekten Steuern, den monetären Transfers an einer Volumenstruktur fehle und dass es umgekehrt auch die unentgeltliche Übertragung produktiver Leistungen gebe (Realtransfers z. B. des Staatsverbrauchs), bei denen mangels geldlichen Gegenwertes jegliche Deflationsbemühung sinnlos sei.

⁵³ F. Dorow, Sozialprodukt im Jahr 1986, in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 1/1987, S. 5 - 13

die mit einem generellen Deflator ermittelt werden, dem Preisindex der letzten inländischen Verwendung. Es stellt, wie schon zuvor von Neubauer, Reich und dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorgeschlagen, der traditionellen Berechnung in konstanten Preisen die realwertorientierte Deflationierung gegenüber, wobei insbesondere der Realwert des Außenbeitrags 1987 deutlich höher ausfällt als nach der doppelten Deflationierung von Im- und Export in konstanten Preisen.⁵⁷ Die Kernelemente dieser Lösung finden sich später auch im SNA von 1993 (s. u.). Im deutschen Sprachgebrauch setzt sich durch, die Ergebnisse der Einheitsdeflationierung mit „Realeinkommen“ zu bezeichnen und im Unterschied dazu die Ergebnisse der traditionellen Preisbereinigung mit spezifischen Indizes mit dem Zusatz „in konstanten Preisen“ oder „in Preisen von 19--“ zu belegen.

Die Diskussion in Deutschland um die geeignetste Form der Deflationierung ist mit der noch zu schildernden Revision des SNA und der Verabschiedung der einschlägigen EU-Verordnung keineswegs abgeschlossen. Im Gegenteil: Das Statistische Bundesamt und die Bundesrepublik haben sich ebenso wie namhafte Vertreter der Wissenschaft (v. d. Lippe) massiv gegen die Einführung des Kettenindex ausgesprochen. Deutschland wird die in der EU-Verordnung eingeräumte Frist zum Übergang auf den Kettenindex voll ausschöpfen. Reich (1998, S. 88) meint, dass mit dem neuen SNA „einige der alten in der Theorie beheimateten Interpretationsmuster von Indexzahlen hinfällig werden und durch neue einerseits abstrakte, andererseits dafür aber systematisch kohärente Bilder zu ersetzen sind. Der lange Marsch hat erst begonnen.“

SNA 1993: Die Integration von Preisstatistik und VGR geht voran

Die Kapitelüberschrift „Price and Volume measures“ zeigt es an: Das SNA 1993 spricht nicht mehr von der „Mengen-“, sondern von der „Volumenmessung“. Es begründet (Ziffer 16.12) den Begriffswechsel gegenüber der Version von 1968 damit, dass deutlicher werden soll, dass diese Komponente nicht nur Mengen-, sondern auch Qualitätsveränderungen umfassen soll. Die sogenannten Mengenindizes hätten aus ökonomischer Sicht keinen Sinn, wenn die Mengen nicht kommensurabel sind. Während Diewert (S. 238) meint, dass Peter Hill, der Verfasser dieses SNA-Kapitels, hier einen ziemlich seltsamen Begriff („rather odd term“) eingeführt habe, findet Reich (1998, S. 56) an dem Begriff gut, dass er bewusst einen Unterschied zur Mikroebene andeutet, denn Volumen- wie

Preisindex seien über ein Aggregat definiert und könnten nicht als voneinander abhängige Variablen im mikroökonomischen Sinne interpretiert werden.

Zwischen den Veränderungen von Wert, Preisen und Volumen gebe es die multiplikative Verknüpfung, dass der Index der Wertveränderung das Produkt sei aus dem Index der Volumenänderung nach Laspeyres und dem Preisindex nach Paasche. Man könne also auch die Volumenänderung zu festen Preisen (Laspeyres) dadurch errechnen, dass man die Veränderung der nominalen Werte durch einen Preisindex vom Typ Paasche (Warenkorb der jeweiligen Periode) dividiere. Diese indirekte Methode zur Volumenmessung werde Preisbereinigung (price deflation) genannt und sei die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und in den Wirtschaftsstatistiken allgemein übliche, denn sie sei leichter und billiger (SNA Ziffer 16.18).

Das SNA von 1993 stellt erneut heraus, dass das Kontensystem vollständig nur in jeweiligen und nicht auch in konstanten Preisen aufgestellt werden kann. Möglich sei jedoch, Güteraufkommen und Güterverwendung auch in konstanten Preisen aufeinander abzustimmen. So werden neben einer Reihe von Empfehlungen zur preisstatistischen Behandlung von Qualitätsänderungen u. ä. auch Aussagen zur Deflationierung von nicht am Markt gehandelten Gütern, von Gütersteuern und Gütersubventionen, von Arbeitnehmerentgelten und von Abschreibungen getroffen. Die Berechnung in konstanten Preisen habe aber ihre Grenze beim Betriebsüberschuss erreicht, denn der ließe sich nicht in eine Preis- und eine Volumenkomponente zerlegen (Ziffer 16.146).

Die im Vergleich zur statistischen Praxis auch der entwickelten Industrienationen geradezu avantgardistischen Passagen ranken sich um die Empfehlung, für die Berechnung preisbereinigter Zahlen der Wertschöpfung und des Bruttoinlandsprodukts Kettenindizes vom Typ Fisher zu verwenden. Das SNA 1993 bekennt sich wie seine Vorgängerversion zur Technik der doppelten Deflationierung der Wertschöpfung, räumt aber ein, dass sie bei sehr weit zurückliegendem Basisjahr zu unbefriedigenden Ergebnissen führe, und begründet damit die Empfehlung, das Basisjahr jährlich zu wechseln, d. h. einen Kettenindex zu verwenden. Dies bedeute allerdings, dass die reale Wertschöpfung wegen der mangelnden Additivität des Kettenindex nicht mehr einfach durch Subtraktion des preisbereinigten Inputs vom preisbereinigten Output gewonnen werden kann. Für die Wertschöpfung werde ein eigener Volumen-Kettenindex benötigt, der vom Typ Laspeyres oder vom Typ Paasche sein könne, aber der vom theoretischen Standpunkt aus betrachtet beste Volumenindex für die Wertschöpfung sei das geometrische Mittel aus beiden, sei also der Fisher-Volumenindex.

⁵⁷ Lützel, S. 115 ff.

Analog wird auch für die Zeitreihe des Bruttoinlandsprodukts ein Fisher-Volumenindex auf Kettenbasis empfohlen. Der Preisindex der Teuerung des Bruttoinlandsprodukts solle ebenfalls vom Typ Fisher und ein Kettenindex sein. Eine akzeptable Alternative wäre, zur Volumenmessung Kettenindizes vom Typ Laspeyres-Volumenindizes und zur Preismessung Paasche-Preisindizes zu verwenden.

Kettenindizes werden auch für die Verwendungsseite vorgeschlagen, und zwar explizit als (doppelte) Deflationierung der Differenz aus letzter Verwendung und Importen. Die daraus resultierenden Ergebnisse seien allerdings mit denen des realen Bruttoinlandsproduktes nicht additiv kompatibel.⁵⁸

Das SNA 1993 (Ziffer 16.71) spricht auch eine terminologische Empfehlung aus. Die Zeitreihe von preisbereinigten Werten des Bruttoinlandsprodukts, die man erhält, indem man mit den jährlichen Kettenindizes vom Basisjahr aus extrapoliert, sollte weiterhin den Beinamen „in konstanten Preisen“ behalten. Dies sei zwar wegen der fehlenden Additivität der Ergebnisse nicht ganz korrekt, sei aber dem Begriff „reales BIP“ vorzuziehen, weil damit der Fehlschluss vermieden wird, das BIP wäre (wie das Realeinkommen) mit irgendeinem allgemeinen Preisindex deflationiert worden.

Anders als noch in der Version von 1968 gibt das SNA jetzt auch Empfehlungen, mit Hilfe von kaufkraftorientierten, allgemeinen Preisindizes Realeinkommen zu rechnen oder sogar Saldogrößen wie die Ersparnis zu deflationieren. Es räumt ein (Ziffer 16.150), dass es in der Vergangenheit Zurückhaltung gegenüber dem Nachweis realer Einkommen gegeben habe, weil als Deflator je nach Analysezweck unterschiedliche Preisindizes infrage kommen, schlägt aber vor, dass die Gesamtrechner von sich aus einen Wert anbieten. Eine konkrete Empfehlung, mit welcher Art von Preisindex die Veränderung der Kaufkraft der einzelnen Einkommenskomponenten am besten approximiert wird, gibt das SNA nicht.

Das SNA 1993 (Ziffer 16.151) zeigt zwei Rechenwege auf, um zum realen Bruttonationaleinkommen zu gelangen. Es empfiehlt, das Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen als Startgröße zu nehmen und dann die realen Einkommen, die an die übrige Welt geflossen sind, abzuziehen und die aus der übrigen Welt empfangenen realen Einkommen hinzuzurechnen. Dann allerdings sei es nötig, auch den Handelsgewinn oder -verlust aus der Veränderung in den Terms of Trade zu addieren, denn auch er repräsentiere reale Kaufkraft.

⁵⁸ Zur Technik des Kettenindex und zum Problem der Nicht-Additivität siehe auch Annex 2 dieses Beitrages und Reich (1998), S. 66 ff.

Auch für den internationalen Vergleich schlägt das SNA 1993 die Berechnung von Preis- und Volumenindizes vor. Es stellt zunächst heraus, dass dafür grundsätzlich die gleichen Methoden infrage kommen wie für den intertemporalen Vergleich in nur einem Land. Internationale Volumenindizes würden zum Niveauvergleich von Produktivität oder Lebensstandard dienen, während Preisvergleiche in Kaufkraftparitäten verschiedener Währungen umgesetzt werden könnten. Allerdings könne man nicht in der Methodik solcher Indizes einfach das Wort „Periode“ durch „Land“ ersetzen, denn beim bilateralen (intertemporalen) Vergleich zweier Perioden seien die Vergleichsobjekte in vielerlei Hinsicht, insbesondere auch in der statistischen Datenbasis, wesentlich homogener als im Vergleich zweier Länder, auch wenn deren Zahlen aus derselben Periode stammen. So sei es im räumlichen Preisvergleich wesentlich schwieriger sicherzustellen als im zeitlichen Preisvergleich, dass die verglichenen Güter dieselben sind. Deswegen käme auch die Verkettung von Indizes weniger infrage als bei intertemporalen Preis- und Volumenmessungen.

Das SNA unterscheidet bilaterale und multilaterale Ansätze des internationalen Vergleichs von Preisen und Volumen. Für bilaterale Ansätze zur Volumenmessung für Land B bezogen auf Land A biete sich ein Index vom Typ Laspeyres an, bei dem die Preise in A das Gewicht für die Volumina in A und B geben. Aus der Grundgleichung, wonach der Wertindex stets das Produkt aus Volumenindex Laspeyres und Preisindex Paasche ist (s. o.), ließe sich auch ein entsprechender Paasche-Preisindex rechnen. Ein solcher Index benötige keine Wechselkurse, er werde üblicherweise als Kaufkraftparität bezeichnet und drücke aus, wie viel Geldeinheiten der Währung von B benötigt werden, um dort dieselbe Menge⁵⁹ aus dem Warenkorb zu kaufen, die man für eine Einheit der Währung von A in A kaufen kann. Außer zur Bildung von internationalen Volumenindizes hätten sie auch einen hohen eigenen Erkenntniswert, da sie dieselbe Dimension haben wie Wechselkurse und in direkte Relation zueinander gesetzt werden könnten: Ist die Kaufkraftparität geringer als der offizielle Wechselkurs, ergibt sich beim Geldumtausch ein Kaufkraftgewinn.

Es ist natürlich möglich, die Kaufkraftparität für das Land A bezogen auf B außer nach Paasche auch nach Laspeyres zu rechnen, d. h. die Ausgaben im Land A als Gewicht zu nehmen. Das SNA rät wegen der Erfahrung, die man mit hohen Divergenzen zwischen den Ergebnissen nach Paasche und Laspeyres gemacht habe, auch hier zur Bildung von Fisher-Indi-

⁵⁹ Das SNA benutzt hier (Ziffer 16.82) den Begriff „quantity“, obwohl eigentlich „volume“ gemeint ist, denn natürlich sind auch international Qualitätsunterschiede einzubeziehen.

zes.⁶⁰ Allerdings erfüllt auch der Fisher-Index nicht die Anforderung der Transitivität, d. h. die aus den Kaufkraftparitäten zwischen Deutschland und Italien einerseits und zwischen Italien und Frankreich andererseits abgeleitete Kaufkraftparität zwischen Deutschland und Frankreich hätte ein anderes Ergebnis als die zwischen Deutschland und Frankreich direkt gemessene Kaufkraftparität. Das SNA (Ziffer 16.92 ff.) gibt daher gesonderte Hinweise auf indextechnische Möglichkeiten des multilateralen internationalen Vergleichs, auf die hier nicht weiter eingegangen werden soll.⁶¹

Annex 1: Der derzeit übliche Rechenweg zum realen Bruttoinlandsprodukt in grober Darstellung

Für Analysen von Wirtschaftswachstum und Produktivität will man wissen, wie sich das Bruttoinlandsprodukt oder, in Differenzierung nach Wirtschaftszweigen, die Bruttowertschöpfung im Zeitablauf verändert, wenn rein preisbedingte Werterhöhungen ausgeschaltet sind. Gemessen werden soll die Veränderung des „Volumens“, d. h. das nach Menge und Qualität eigentlich noch zu differenzierende Plus in der Produktion von Gütern und Diensten in einer Volkswirtschaft. Der statistischen Beobachtung sind aber die Bestimmungsfaktoren Preise, Mengen und Qualität nicht gleichermaßen zugänglich. Zur Verfügung stehen für weite Bereiche der Wirtschaft nur Produktionswerte, häufig auch nur deren Hauptbestandteil, der Umsatz, d. h. das mathematische Produkt aus Preis und Volumen. Diese Angaben sind üblicherweise zum Nominalwert in DM definiert oder, in der Sprache der Gesamtrechnung ausgedrückt, in jeweiligen Preisen.

Die Deflationierung hat nun das Ziel, die reinen Preisveränderungen zu eliminieren und damit das Volumen als physisches Ergebnis des Wirtschaftens herauszupräparieren. Sie bedient sich dazu der Erkenntnisse der Preisstatistik, deren Zahlen allerdings einen gewissen Aggregationsgrad aufweisen und einen bestimmten Indextyp (Laspeyres) verkörpern. Preisstatistik kann nie so differenziert betrieben werden, dass sie für alle erdenklichen Güter Zahlen liefert. Allein für die Produktionsstatistiken des Produzierenden Gewerbes hält die Gütersystematik fast 10 000 verschiedene Positionen vor. Preisstatistisch beobachtet werden daher nur ausgewählte Güter, die als Preisrepräsentanten für ein bestimmtes Güterbündel stehen. Sie

⁶⁰ Auch die bilateralen Kaufkraftparitätenrechnung der EU, die erstmals 1983 für das Jahr 1980 vorgelegt wurde, basieren auf Fisher-Indizes. Siehe hierzu Angermann u. Stahmer (1984), S. 386

⁶¹ Im einzelnen siehe hierzu auch Angermann und Stahmer (1984), S. 386 ff. und Diewert, S. 250 ff.

werden zu „Warenkörben“ zusammengefasst. Weil nicht alle Güter die gleiche Bedeutung haben, werden die Preisänderungen nach einem Wägungsschema in gebührend unterschiedlicher Intensität berücksichtigt. Preisänderungen, die allein auf Qualitätsänderungen beruhen, sind dabei soweit wie möglich unberücksichtigt zu lassen. Das Ergebnis dieser Bemühungen sind diverse Preisindizes, deren Wägungsschema oder Warenkorb den Verhältnissen des Preisbasisjahres unterliegt. In Deutschland ist das derzeit 1995.

Die Gesamtrechner benutzen diese Indizes, um in möglichst tiefer Gliederung nach Gütergruppen die Nominalwerte z. B. des Jahres 1999 so umzurechnen, als würden noch die Preise des Jahres 1995 gelten. Diese Fiktion wird auf den sogenannten Güterkonten getrennt für die Entstehung und für die Verwendung der Güter für Vorleistungen, letzte inländische Verwendung und Exporte und für die Importe bewerkstelligt. Technisch gesehen wird schlicht der Wert in jeweiligen Preisen durch einen möglichst adäquaten Index dividiert oder – anders ausgedrückt – mit dem Kehrwert des Index, dem Deflator, multipliziert. Auf den Produktionskonten entsteht als Differenz zwischen den getrennt deflationierten Werten für Produktionswert und Vorleistungen (daher der Begriff doppelte Deflationierung) die reale Bruttowertschöpfung, die in der Summe über die Wirtschaftsbereiche und unter Berücksichtigung weiterer, getrennt zu deflationierender Zu- und Absetzpositionen das reale Bruttoinlandsprodukt ergibt.

Das Bruttoinlandsprodukt kann äquivalent auch über die Verwendung der Güter und Dienste als Summe aus privatem und staatlichem Verbrauch, aus Investitionen und Außenbeitrag gerechnet werden. Für das gesuchte Ergebnis bieten sich also zwei Wege, die beide auch gegangen werden, damit eventuelle Ergebnisdiskrepanzen schon im Rechenverfahren aufgedeckt und zur gegenseitigen Plausibilisierung der Ergebnisse von Produktionsansatz und Verwendungsansatz genutzt und abgestimmt werden.

Das Rechenergebnis lässt sich erklären als Wert des Basisjahres, multipliziert mit einem Volumenindex vom Typ Laspeyres (feste Preise des Basisjahres), d. h. das, was im Rechenergebnis „Bruttoinlandsprodukt 1999 in Preisen von 1995“ genannt wird, hat die Mengenstruktur von 1999, aber die Preisstruktur von 1995. Das Rechenergebnis lässt sich gleichermaßen erklären als Wert des jeweiligen Jahres, dividiert durch einen Preisindex vom Typ Paasche, d. h. auch auf diesem Wege entstünde ein Ergebnis mit dem Warenkorb von 1999 und den Preisen des Basisjahres 1995.

Der tatsächliche Rechenweg folgt aber, wie dargelegt, weder dem einen noch dem anderen Algorithmus, denn in der statistischen Realität finden wir weder den

Volumenindex vom Typ Laspeyres noch den Preisindex nach Paasche so vor, wie wir ihn benötigen würden. Allerdings liegt die Idee nahe, umgekehrt die mühseligen Deflationierungsbemühungen der Gesamtrechner für eine generelle, preisstatistische Aussage für die Geldentwertung schlechthin zu benutzen, indem man einfach die Werte des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen durch jene in konstanten Preisen dividiert und so die Preisentwicklung des BIP erhält. Gegen die Verwendung solcher „impliziten“ Indizes gibt es Einwände: Sie sind nicht regional eindeutig, denn in ihnen schlagen sich in erheblichem Maße auch Preisveränderungen im Außenhandel nieder; sie vermengen in untrennbarer Weise Preisveränderungen des intermediären wie auch des Endverbrauchs; sie stellen ein Mix der Preismessung nach Laspeyres und der nach Paasche dar. Zu letzterem: Über die Verwendung von Laspeyres-Indizes auf der niedrigsten Aggregationsebene der Güterbündel manifestiert sich in der Rechnung zunächst der feste Warenkorb, es tritt dann aber durch die gegenüber dem Basisjahr anderen Mengenverhältnisse der gezählten Güteraggregate eine „Verpaaschung“ ein. Man sagt daher, der implizite Preisindex des Bruttoinlandsprodukts sei ein „verpaaschter Laspeyres-Index“.

Allerdings ist die Verwendung impliziter Deflatoren in der regionalen Ausprägung der Gesamtrechnung die einzige praktikable Möglichkeit, auch für die Bundesländer zu Zahlen in „konstanten“ Preisen zu gelangen, denn auf der regionalen Ebene ist ein geschlossenes und konsistentes System von Güter- und Produktionskonten aus vielerlei Gründen praktisch nicht machbar. Der Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder verwendet für die Wertschöpfung und einige andere Größen die impliziten Deflatoren der Bundesrechnung, wobei er zwangsläufig unterstellt, dass die Preisentwicklung regional nicht divergiert.

Annex 2: Die EU-verbindlichen Grundsätze zur Preis- und Volumenmessung

Was im SNA 1993 für alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen als Empfehlung formuliert worden ist, findet im Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen von 1995 (ESVG 1995) seine auf die Verhältnisse der EU abgestellte Spezialversion. Das ESVG 1995 hat den Rang einer EU-Verordnung⁶², weil, wie es im Vorwort heißt, die Ergebnisse des europäischen statistischen Systems für die Kon-

zeption und Durchführung der gesamten EU-Politik unentbehrlich sind. Das 13-seitige Kapitel 10 über „Preis- und Volumenmessung“ hat die Kommission im November 1998 durch eine Entscheidung nachpräzisiert, weil wichtige Regelungen zu diesem Kapitel zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des ESVG 1995 noch nicht endgültig getroffen waren. In den Erwägungsgründen ihrer Entscheidung erklärt die Kommission zunächst die hohe politische Bedeutung insbesondere für die Überwachung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, für die Prüfung, ob eine „schwere wirtschaftliche Rezession“ vorliegt, und für die Überwachung der Wirtschafts- und Währungsconvergenz.

Die fachlichen Klarstellungen nimmt die Kommission in einem dreiteiligen Anhang vor, dessen Teil I die allgemeinen Grundsätze für die Preis- und Volumenmessung nennt, insbesondere im Hinblick auf die elementare Aggregationsebene, die Wahl der Indexformel und die Wahl des Basisjahres. Für die Umsetzung dieser Grundsätze gewährt die EU-Kommission Übergangsfristen, die für die Einführung des Kettenindex bereits in der Kommissionsentscheidung genannt werden. Für Deutschland, Österreich und Finnland gilt die maximale Frist (bis 2005). In Teil II schildert die Kommission die Preisbereinigung nach dem „Produktionsansatz“ oder – wie man auch sagen könnte – die Preisbereinigung in der Entstehungsrechnung und in Teil III die Preisbereinigung nach dem „Ausgabenansatz“, d. h. nach Kategorien der Verwendungsrechnung. Die – wie Neubauer sagen würde – Inflationsbereinigung mit einem Einheitsdeflator mit dem Ergebnis „Realeinkommen“ wird von den Klarstellungen der Kommission nicht weiter angesprochen, ist aber als Möglichkeit bereits im ESVG 1995 vorgesehen. Gleiches gilt für die Berechnung von Kaufkraftparitäten.

Der Teil I des Anhangs zur Kommissionsentscheidung stellt nach einigen einführenden Erläuterungen drei „Grundsätze“ auf, wovon Grundsatz 1 und 2 wenig Probleme bereiten und im Grunde die tradierte Vorgehensweise bestätigen. Grundsatz 1 lautet:

„Bei der Preis- und Volumenmessung ist eine tiefe Aggregationsebene der Güter zu verwenden. Diese sogenannte elementare Aggregationsebene muss für die Produktion wie auch für alle Kategorien der (intermediären und letzten) Verwendung mindestens ebenso tief gegliedert sein wie die Ebene P60 des ESVG 95.“

Gemeint ist damit, dass für mindestens die 60 im ESVG 95 (S. 317) genannten Güterbündel elementar, also originär preisstatistisch gewonnene Indizes zur Verfügung stehen müssen. Deren Wägungsschema wird „als nicht relevant angesehen“, es könnten also durchaus die bisher üblichen Laspeyres-Indizes festen Wägungsschemas sein.

⁶² Es ist Anhang A der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates vom 25. Juni 1996 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Gemeinschaft (Abl. L 310 vom 30.11.1996, S. 1)

Im Grundsatz 2 (Wahl der Indexformel) wird der Inhalt des ESVG 1995, das wie das SNA Preis- und Volumenindizes nach Fisher bevorzugt empfiehlt, aber Laspeyres-Volumenindizes und Paasche-Preisindizes als akzeptable Alternativen zulässt, geradezu umgekehrt. Als Grund wird angeführt, dass Fisher-Indizes einige Nachteile haben: Es seien umfangreichere Daten nötig, die Volumenangaben seien nicht additiv, und die Indizes seien den Nutzern nur schwer verständlich zu machen. Der Grundsatz 2 bestätigt daher entgegen der eigentlichen Empfehlung im ESVG die geltende Praxis:

„Auf der elementaren Aggregationsebene verfügbare Volumenmaße werden mit der Laspeyres-Formel aggregiert, um die Volumenmaße aller Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu erhalten. Auf der elementaren Aggregationsebene verfügbare Preismaße werden mit der Paasche-Formel aggregiert, um die Preismaße aller Aggregate der Volkswirtschaft zu erhalten.“

Es wird in der Kommissionsentscheidung allerdings darauf hingewiesen, dass das ESVG 1995 auch die Verwendung von Fisher-Indizes zulässt.

Zur besseren Vergleichbarkeit der Preis- und Volumenberechnung zwischen den Ländern sollen die Länder das gleiche Basisjahr verwenden. Dies sollte ein möglichst aktuelles Jahr sein, weil dann die Gewichte zeitnah und die Probleme mit dem Verschwinden von Gütern und mit neu auftauchenden Gütern geringer seien. Dies seien die Gründe für die Einführung des Kettenindex, der in Grundsatz 3 namentlich nicht genannt, aber knapp und präzise umschrieben wird:

„Die auf der elementaren Aggregationsebene abgeleiteten Volumenmaße werden mit Gewichten aggregiert, die aus dem Vorjahr stammen.“

Mitgliedstaaten wie Deutschland, die dafür eine Übergangsfrist in Anspruch nehmen, sollen alle fünf Jahre das Basisjahr ändern, beginnend mit 1995. Die Kommission gibt einige anschauliche Rechenbeispiele und praktische Empfehlungen zur Handhabung der Kettenindizes, weist auch in aller Deutlichkeit auf „das bekannte Problem der ‚Nicht-Additivität‘“ hin, wonach die Summe der Teilaggregate nach Preisbereinigung durch den Kettenindex nicht mehr in allen Jahren einer Zeitreihe mit dem Gesamtwert übereinstimmt. Die Kommission mahnt, solche Abweichungen nicht aus den Zahlen herauszurechnen, sondern sie dem Nutzer zu erklären. Die folgende Tabelle ist der Versuch, das in der Kommissionsentscheidung gegebene Zahlenbeispiel in der für die statistische Darstellung üblichen Form und mit Erläuterungen zu präsentieren.

Teil II des Anhangs zur Kommissionsentscheidung schildert die Preis- und Volumenmessung nach dem

Produktionsansatz. Es differenziert nicht wie das ESVG 1995 dreigliedrig nach

- Marktproduktion,
- Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung (z. B. Dienstleistungen aus eigengenutzten Wohnungen, Selbstverbrauch in der Landwirtschaft, selbst erstellte Anlagen)
- sonstige Nichtmarktproduktion (z. B. unentgeltlich abgegebene Dienstleistungen des Staates oder der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck),

sondern behandelt die ersten beiden Positionen zusammen, denn im ESVG (Ziffer 3.49) werde festgelegt, dass die Produktion für die Eigenverwendung zu den Herstellpreisen vergleichbarer, auf dem Markt verkaufter Güter zu bewerten sei. Daher seien die Grundsätze für die Deflationierung der Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung die gleichen wie für die Marktproduktion.

Das Kommissionspapier beschreibt

- geeignetste Methoden (A-Methode)
- Methoden, die verwendet werden können, falls eine A-Methode nicht angewandt werden kann, und
- Methoden, die nicht verwendet werden sollten.

Die Methode der doppelten Deflationierung zur Berechnung der Wertschöpfung rechnet als „theoretisch korrekt“ zum Typ A, da auch die Wertschöpfung zu jeweiligen Preisen als Differenz zwischen Produktionswert und Vorleistungen gerechnet werde und da die doppelte Deflationierung eine unabhängige Beurteilung von Produktivitätsänderungen erlaube.

Beim Produktionsansatz besteht die A-Methode grundsätzlich darin, die einzelnen Güter getrennt mit einem geeigneten Erzeugerpreisindex zu deflationieren. Diese Indizes sollen Preise genau jener Güter zusammenfassen, für deren Deflationierung sie eingesetzt werden. Sie sollen Qualitätsänderungen der Güter berücksichtigen, zu Herstellungspreisen⁶³ bewertet sein, und die ihm zugrundeliegenden Konzepte sollen mit denen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen konsistent sein. Das Kommissionspapier geht nach diesen allgemeinen Hinweisen auf einzelne Positionen der Güterklassifikation ein.

⁶³ Siehe hierzu ESVG 95, Ziffer 3.48. Vereinfacht gesagt: Preis ohne Gütersteuern wie die Mehrwertsteuer oder die Verbrauchsteuern, aber einschließlich Gütersubventionen.

Technik der Verkettung: das Beispiel der Kommissionsentscheidung in Tabellenform

Jahr	Gut A	Gut B	Gesamtwert	Erläuterung	Zahlenbeispiel
Wert in jeweiligen Preisen					
1990	100,0	300,0	400,0	<i>Werte (jeweilige Preise · Menge) von A und B gegeben, Gesamtwert als Summe</i>	423,5 = 127,2 + 296,3
1991	115,5	313,5	429,0		
1992	127,2	296,3	423,5		
1993	137,6	287,1	424,7		
Preisänderung gegenüber dem Vorjahr (jeweiliges Vorjahr = 100)					
1990	.	.	.	<i>(Elementar-) Indizes für A und B aus Preisstatistik gegeben, Spalte „Gesamtwert“ errechnet als Paasche-Preisindex</i>	$105,9 = \frac{423,5}{\left(\frac{127,2}{108,0} + \frac{296,3}{105,0}\right)} \cdot 100$
1991	110,0	95,0	98,6		
1992	108,0	105,0	105,9		
1993	105,0	102,0	103,0		
Preismessziffer 1990 = 100					
1990	100	100	100	<i>Gerechnet als Verkettung, d. h. Messziffer Vorjahr mal Messziffer Preisänderung gegenüber dem Vorjahr, dividiert durch 100</i>	118,8 = 110,0 · $\frac{108,0}{100}$
1991	110,0	95,0	98,6		
1992	118,8	99,8	104,4		
1993	124,7	101,7	107,5		
Volumenänderung gegenüber dem Vorjahr (jeweiliges Vorjahr = 100)					
1990	.	.	.	<i>Gerechnet als Veränd. des Wertes in jeweiligen Preisen gegenüber dem Vorjahr mal 100 durch Preisänderung, dividiert durch 100</i>	$90,0 = \frac{296,3}{313,5} \cdot 100$
1991	105,0	110,0	108,0		
1992	102,0	90,0	93,2		
1993	103,0	95,0	97,4		
Volumenmessziffer 1990 = 100					
1990	100	100	100	<i>Gerechnet durch Verkettung, d. h. Messziffer Vorjahr mal Messziffer Volumenänderung gegenüber dem Vorjahr durch 100</i>	107,1 = 105 · $\frac{102,0}{100}$
1991	105,0	110,0	108,0		
1992	107,1	99,0	101,4		
1993	110,3	94,1	98,8		
Preisbereinigtes Volumen (Bezugsjahr 1990)					
1990	100,0	300,0	400,0	<i>Wert in jew. Preisen dividiert durch Preismessziffer 1990 = 100 mal 100 (Wichtig: 1990 ist lediglich Bezugsjahr und nicht „Basisjahr“)</i>	Hier wirkt sich die Nicht-Additivität der Verkettung aus: $395,0 = \frac{424,7}{107,5} \cdot 100$ aber 395,0 ≠ 110,3 + 282,2!
1991	105,0	330,0	435,0		
1992	107,1	297,0	405,6		
1993	110,3	282,2	395,0		

Den Abschluss dieses Teils bildet die Behandlung der Nichtmarktproduktion: Für nichtmarktbestimmte Dienstleistungen könne die Produktion zu konstanten Preisen entweder anhand von Indikatoren des Produktionsvolumens oder mit Inputmethoden geschätzt werden. Hier wird also der zumindest in Deutschland bisher allein üblichen Inputmethode – der Produkti-

onswert wird über die Personalausgaben plus (geschätzte) Abschreibungen plus Käufe von Vorleistungsgütern gerechnet – die Outputmethode als Alternative zur Seite gestellt.

Man darf gespannt sein, ob für die weitgehend personalkostenbestimmten Produktionswerte des Staates,

also etwa die einer Schule, eines Ministeriums oder eines statistischen Amtes, eine überzeugende output-orientierte Deflationierung gelingt.⁶⁴

⁶⁴ Das Handbuch der Vereinten Nationen von 1988 zur Behandlung des Staates in den Gesamtrechnungen unterscheidet zur Deflationierung staatlichen Outputs quantifizierbare Dienstleistungen, wie es sie im Erziehungs- und im Gesundheitswesen gebe, und „pure public goods“. Für den quantifizierbaren Output sei manchmal eine Anlehnung an Meßmethoden im nichtstaatlichen Bereich möglich. Bei den pure public goods sei nur eine Input-Methode möglich, und zwar entweder über eine Deflationierung der laufenden Ausgaben oder über eine Extrapolation der Ausgaben in der Basisperiode. (United Nations, Studies in Methods, Series F No. 50, Handbook of National Accounting, Public Sector Accounts, New York 1988, S. 73 ff.)

Der Teil III des Kommissionspapiers, der die Preis- und Volumenmessung nach dem Ausgabenansatz zum Thema hat, fällt vergleichsweise knapp aus und beginnt mit der Feststellung, dass das Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen die Summe des Konsums, der Bruttoinvestitionen und der Nettoexporte sei. Es wird, was einigermaßen verwundert, nicht noch einmal das Problem der Nicht-Additivität betont, sondern sehr unvermittelt auf die Deflationierung der einzelnen Summanden eingegangen.

Die Kommissionsentscheidung liefert weder in Teil II noch in Teil III erschöpfende Klarstellungen, denn an diversen Stellen – insbesondere dort, wo es wie bei den unterstellten Entgelten für Bankdienstleistungen oder beim Produktionswert der Nichtmarktproduktion erhebliche Probleme gibt – wird darauf verwiesen, dass weitere Überlegungen anzustellen und Lösungen noch zu erarbeiten seien.

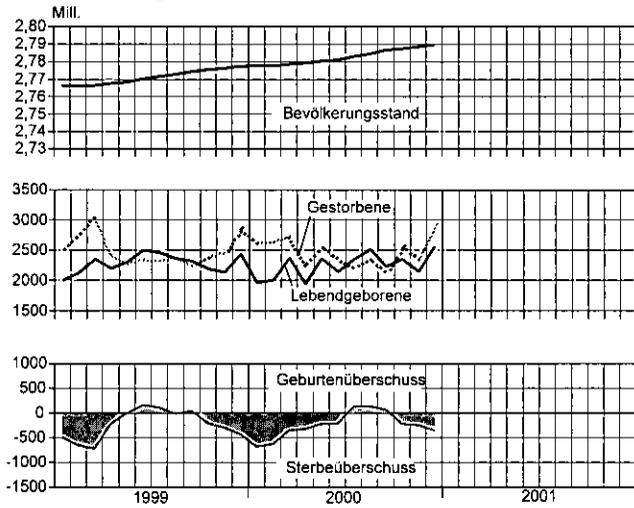
Bernd Struck

Literaturverzeichnis

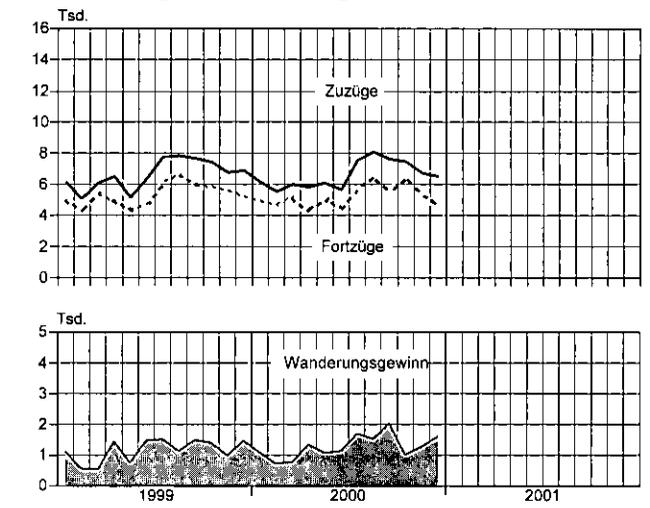
- Angermann, O. u. C. Stahmer (1976): Preisindizes und Geldwertmessung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: Messung der Kaufkraft des Geldes, hrsg. von Gerhard Fürst, Sonderhefte zum Allgemeinen Statistischen Archiv, Heft 10, Göttingen
- Angermann, O. u. C. Stahmer (1984): Berechnung von Kaufkraftparitäten im Rahmen der internationalen Organisationen, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 5, S. 385 - 393
- Bartels, H. (1951): Zur Methode der Sozialproduktsberechnung 1950, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 4, S. 143 - 145
- Bartels, H. (1952): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und Sozialproduktsberechnungen in der Bundesrepublik, in: Allgemeines Statistisches Archiv, 36. Band, S. 47 - 52
- Bartels, H. (1953): Sozialprodukt zu konstanten Preisen, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 1, S. 143 - 145
- Bhaduri, A. (1988): Makroökonomie, Marburg
- Diewert, W. E. (1996): Price and Volume Measures in the System of National Accounts, in: Kendrick, S. 237 - 285
- Ehrlicher, W. (1981): Geldtheorie, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Dritter Band, S. 374 - 391
- Eurostat (1996): Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, ESVG 1995, Luxemburg
- Haberler, G. (1927): Der Sinn der Indexzahlen. Eine Untersuchung über den Begriff des Preisniveaus und die Methoden seiner Messung, Tübingen
- Hicks, J. R. (1958): The Measurement of Real Income, in: Oxford Economic Papers, N.s. 10 : 2)
- Hicks, J. R. (1962): Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Reinbek
- Hofmann, W. (1954): Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Berlin
- Jostock, P. (o. J., vermutlich 1955): Das Sozialprodukt und seine Verteilung, Hrsg.: Sozialreferat des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Paderborn
- Kendrick, J. W., ed. (1996): The New System of National Accounts, Boston / Dordrecht / London 1996
- Keynes, J. M. (1931): Vom Gelde (A Treatise on Money), Nachdruck der deutschen Ausgabe von 1955, Berlin
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1998): Entscheidung der Kommission vom 30. November 1998 zur Klarstellung von Anhang A der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Gemeinschaft im Hinblick auf die Grundsätze zur Preis- und Volumenmessung (98/715/EG), in: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 16.12.98, L 340/33

- Kregel, J. A. (1988): Die Erneuerung der Politischen Ökonomie, Marburg
- Kurz, H. D. (1998): Ökonomisches Denken in klassischer Tradition, Aufsätze zur Wirtschaftstheorie und Theoriegeschichte, Marburg
- Lange, K. (1981): Preisstatistik, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, Sechster Band, S. 222 - 233
- von der Lippe, P. (2000): Der Unsinn von Kettenindices, in: Allgemeines Statistisches Archiv, 84. Jg., Heft 1, S. 67 - 82
- Lützel, H. (1987): Realeinkommen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 2, S. 115 - 122
- Marx, K. (1947): Das Kapital, Nachdruck der 4. Auflage, Berlin
- Müller, J. (1925): Deutsche Wirtschaftsstatistik, Ein Grundriss für Studium und Praxis, Jena
- Neubauer, W. (1974): Irreales Inlandsprodukt in konstanten Preisen. Kritisches zur Deflationierung in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Heft 3, S. 237 - 271
- Neubauer, W. (1984): Reales Inlandsprodukt: „preisbereinigt“ oder „inflationsbereinigt“? Zur Deflationierung bei veränderter Preisstruktur, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Heft 2, S. 115 - 160
- Neubauer, W. (1998): Preisindex versus Lebenshaltungskostenindex: Substitutionseffekte und ihre Messung, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 217/1, S. 49 - 60
- Pribram, K. (1998): Geschichte des ökonomischen Denkens, Frankfurt a. M.
- Reich, U.- P. (1979): Der Realwert in der doppelten Deflationierung, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Heft 2, S. 149 - 175
- Reich, U.- P. (1998): Der zeitliche Vergleich von Aggregaten der VGR, in: Reich, U.- P., C. Stahmer und K. Voy (Hrsg.), Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Band 2, Zeit und Risiko, Marburg, S. 53 - 90
- Reich, U.- P., Ph. Sonntag, H.- W. Holub (1977): Arbeit-Konsum-Rechnung, Axiomatische Kritik und Erweiterung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Köln
- Ricardo, D. (1986): Absoluter Wert und Tauschwert, in: B. Schefold (Hrsg.), Ökonomische Klassik im Umbruch, Frankfurt a. M.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1984): Chancen für einen langen Aufschwung, Jahresgutachten 1984/85, Stuttgart und Mainz
- Schachtschabel, H. G. (1971): Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, Stuttgart u. Düsseldorf
- Schmölders, G. (1978): Historische Schule, Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Viertes Band, S. 69 - 73
- Schmölders, G. (1982): Theorienbildung in der Volkswirtschaftslehre, Geschichte, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Neunter Band, S. 425 - 446
- Schneider, E. (1952): Wirtschaftstheorie und Wirtschaftsbeobachtung, in: Allgemeines Statistisches Archiv, 36. Band, S. 109 - 118
- Schumpeter, J. (1908): Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie, Leipzig
- Stapel, S. (1994): Material Product System (MPS), in: D. Brümmerhoff u. Lützel, H., Lexikon der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, München Wien, S. 245 - 248
- Stone, R. (1956): Quantity and Price Indexes in National Accounts, published by the Organisation for European Economic Co-Operation, Paris
- United Nations (1953): A System of National Accounts and Supporting Tables, New York
- United Nations (1968): A System of National Accounts, New York
- United Nations et al. (1993): System of National Accounts 1993, Brussels/Luxembourg, New York, Paris, Washington D.C.
- Woll, A. (1981): Quantitätstheorie, Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Sechster Band, S. 392 - 399

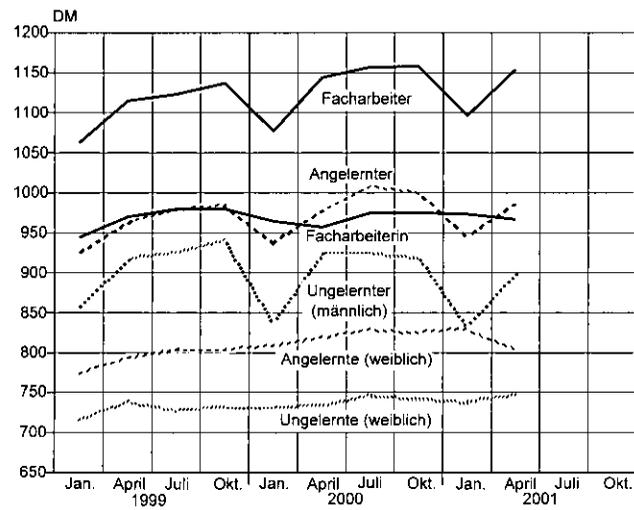
Bevölkerungsstand



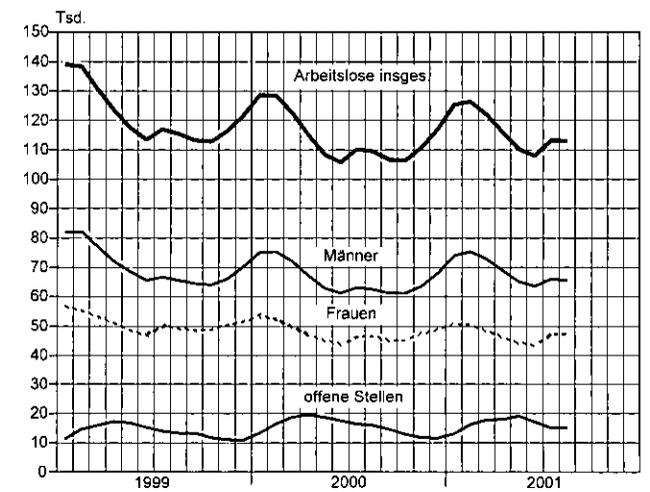
Bevölkerungsveränderung



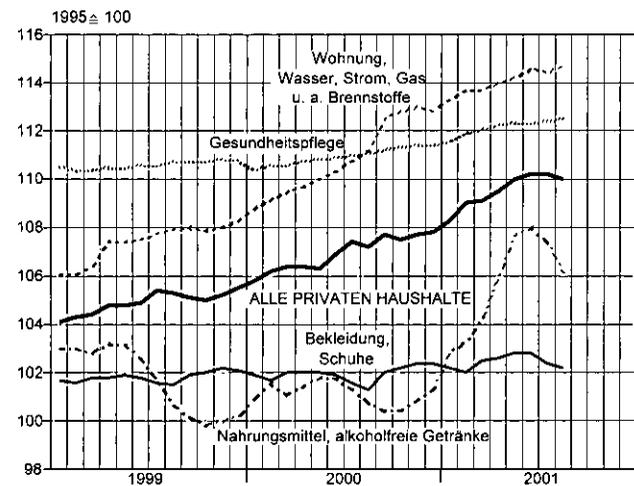
Bruttowochenverdienste



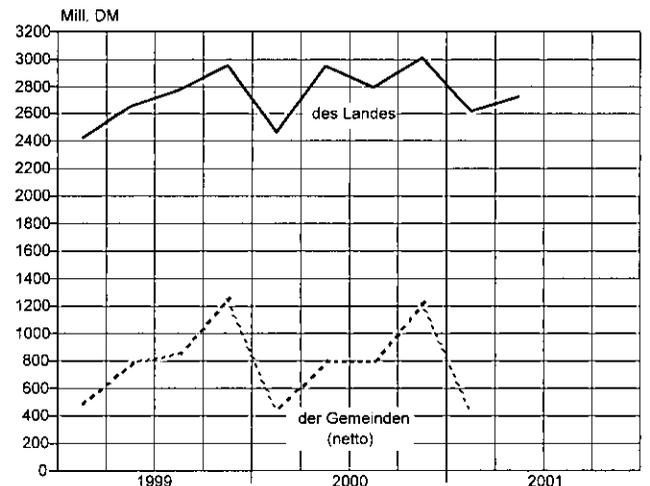
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



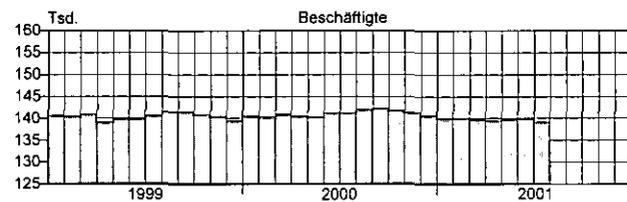
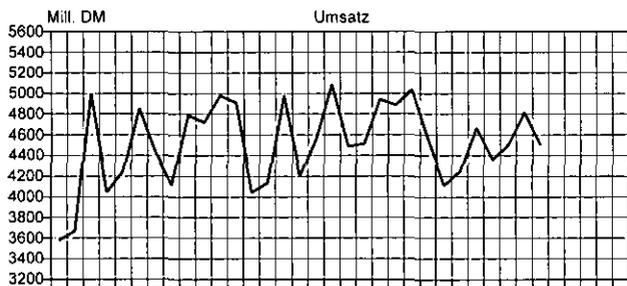
Steuereinnahmen



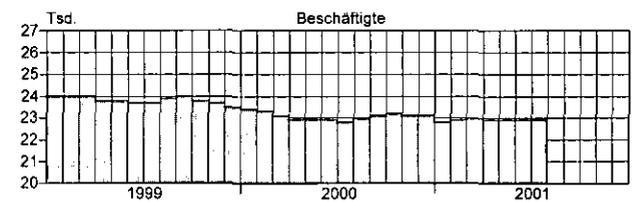
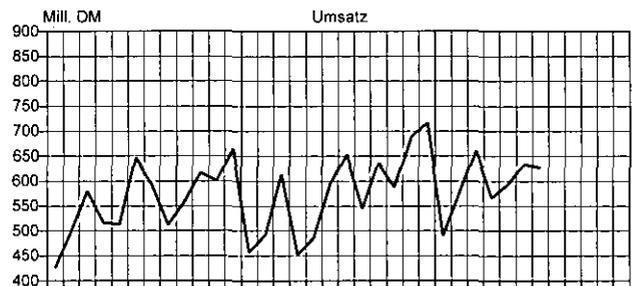
Verarbeitendes Gewerbe

Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

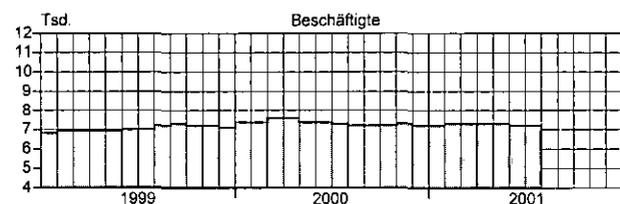
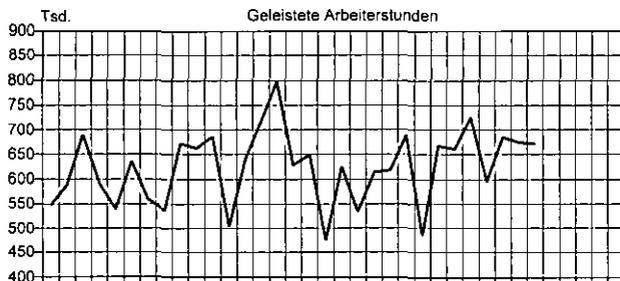
130102 Stat.LA S-H



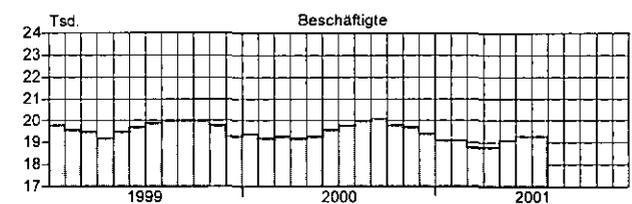
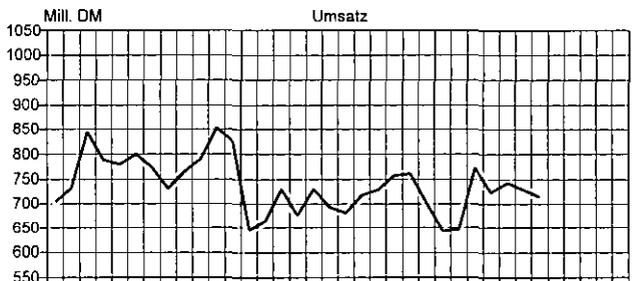
darunter Maschinenbau



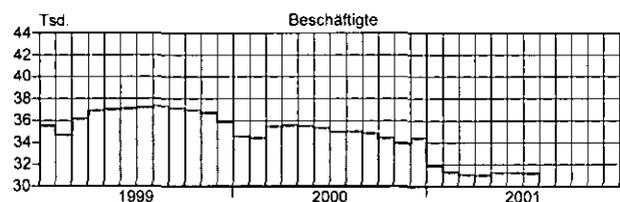
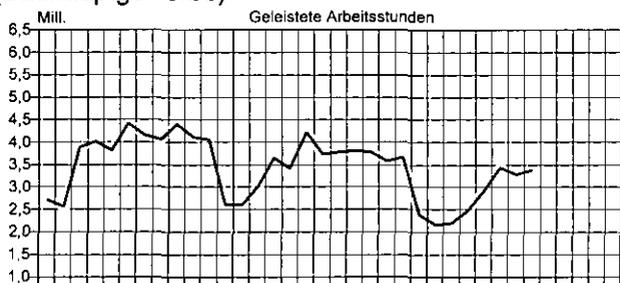
darunter Schiffbau



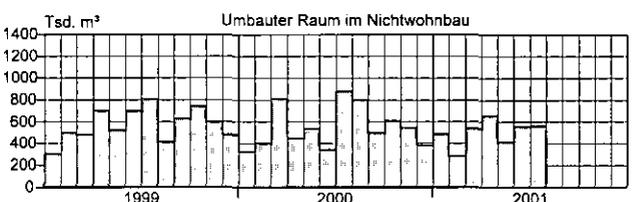
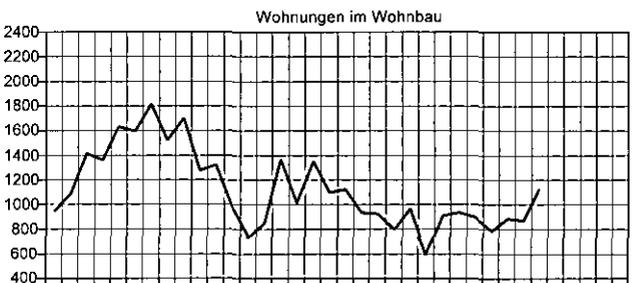
darunter Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung



Vorbereit. Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe)



Baugenehmigungen



Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein im Juli und August 2001

Sachgebiet Kurztitel	Kenn- ziffer	Periodi- zität	R	Preis
Publikationen				
Querschnittsveröffentlichungen				
Daten zur Konjunktur in Schleswig-Holstein – im April 2001 – im Mai 2001	DZK	m	L	–
Statistisches Monatsheft April/Mai 2001	MONATH	m	K	4,00
Verzeichnisse				
Verzeichnis der allgemeinbildenden Schulen (Schuljahr 2000/2001)	SCHULVA	j	G	16,00
Verzeichnis der berufsbildenden Schulen (Schuljahr 2000/2001)	SCHULVB	j	G	8,40
Statistische Berichte				
Gebiet und Bevölkerung				
Bevölkerungsentwicklung im 3. Vierteljahr 2000	A I 1	vj	K	1,50
Registrierte Ausländer – 1998 – 1999	A I 4	j	K	10,00
Eheschließungen, Geborene und Gestorbene im 3. Vierteljahr 2000	A II 1	vj	K	1,50
Gerichtliche Ehelösungen 2000	A II 2	j	K	1,50
Wanderungen im 3. Vierteljahr 2000	A III 1	vj	K	1,50
Gesundheitswesen				
Gestorbene nach Todesursachen, Geschlecht und Altersgruppen 1999	A IV 3	j	K	8,80
Anzeigepflichtige übertragbare Krankheiten 2000	A IV 4	j	K	1,50
Tuberkulose 2000	A IV 5	j	K	1,50
Gemeldete Geschlechtskrankheiten 2000	A IV 6	j	K	1,50
Bildung				
Lehrerinnen und Lehrer in berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2000/2001	B II 2	j	K	3,50
Studentinnen und Studenten im Wintersemester 1999/2000	B III 1	hj	L	5,40
Lehrernachwuchs am 1. Februar 2001	B III 2	j	K	2,50
Land-, und Forstwirtschaft, Fischerei				
Bodennutzung 2001	C I 1	j	L	1,50
Erntebericht über Feldfrüchte und Grünland – Ende Juni 2001 – Ende Juli/Mitte August 2001	C II 1	m	K	1,50
Erntebericht über Gemüse – Mitte Juni 2001 – Mitte Juli 2001	C II 2	m	L	1,50
Erntebericht über Obst – im Juni 2001 – im Juli 2001	C II 3	m	L	1,50
Viehbestände am 3. Mai 2001	C III 1	hj	L	1,50
Schlachtungen – im Mai 2001 – im Juni 2001	C III 2	m	K	1,50
Agrarstruktur 1999, Teil 1, Heft 4: Betriebssystematik; Bodennutzung, Viehhaltung, Arbeitskräfte, Hofnachfolge und Besitzverhältnisse in den Kreisen	C IV 9	4-jährl.	G	7,00
Produzierendes Gewerbe				
Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes (Monatsberichts-kreis) – im April 2001 – im Mai 2001	E I 1	m	K	3,50
Baugewerbe (Bauhauptgewerbe/Ausbaugewerbe) – im März 2001 – im April 2001 – im Mai 2001	E II 1/E III 1	m	K	3,00
Unternehmen im Baugewerbe (Bauhauptgewerbe) 1999	E II 3	j	K	3,00
Unternehmen im Baugewerbe (Ausbaugewerbe) 1999	E III 3	j	K	3,00
Handwerk, repräsentative Erhebung im 1. Quartal 2001	E V 1	vj	L	1,50

Sachgebiet Kurztitel	Kenn- ziffer	Periodi- zität	R	Preis
Bautätigkeit und Wohnungswesen				
Baugenehmigungen – im Mai 2001 – im Juni 2001	F II 1	m	K	1,50
Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen am 31.12.2000	F II 4	j	K	1,50
Handel und Gastgewerbe				
Entwicklung im Einzelhandel – im April 2001 – im Mai 2001 – im Juni 2001	G I 1	m	L	1,50
Ausfuhr – im März 2001 – im April 2001	G III 1	m	L	2,50
Ausfuhr 1999	G III 1	j	L	10,00
Fremdenverkehr – im April 2001 – im Mai 2001	G IV 1	m	G	1,50
Entwicklung im Gastgewerbe – im April 2001 – im Mai 2001 – im Juni 2001	G IV 3	m	L	1,50
Finanzen und Steuern				
Realsteuervergleich 2000	L II 7	j	G	4,60
Öffentliche Schulden am 31. Dezember 2000	L III 1	j	G	3,50
Öffentliche Sozialleistungen				
Jugendhilfe 1998, Teil III: Einrichtungen der Jugendhilfe und darin tätige Personen	K I 3	4-jährl.	K	11,80
Preise				
Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet – im Juni 2001 – im Juli 2001	M I 2/S	m	B	1,50
Preisindizes für Bauwerke im Bundesgebiet im 2. Vierteljahr 2001	M I 4/S	vj	B	1,50
Umwelt				
Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 1998 Teil 2: Im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	Q I 2	3-jährl.	K	2,50
Unfälle beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe 2000	Q I 3	j	L	1,50
Sonderveröffentlichungen aus Großzählungen				
Landwirtschaftszählung 1999 Teil 1 : Gemeinde- und Kreisstatistik der landwirtschaftlichen Betriebe Heft 4: Betriebssystematik, Bodennutzung, Viehhaltung, Arbeitskräfte, Hofnachfolge und Besitzverhältnisse in den Kreisen	C/LZ 1	10-jährl.	G	4,80
Elektronische Medien				
Standarddaten und Verzeichnisse				
Bautätigkeit und Wohnungswesen				
Wohngebäude und Wohnungen 2000	wofa	j	G	80,00
Öffentliche Sozialleistungen				
Verzeichnis der stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen 1999	PFLV	2-jährl.	G	80,00
Regionaldaten der Gemeinden und Kreise Schleswig-Holsteins (Regio-Stat-Tabellen)				
Statistik Regional (Eckdaten aller Kreise der Bundesrepublik Deutschland)				
Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung 2000	INKAR	x	K	50,00
Bautätigkeit und Wohnungswesen				
Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes 2000	G 035-11 K 035-11	j j	G K	37,50 15,00
Wohngebäude und Wohnungen nach Zahl der Wohnungen im Wohngebäude 2000	K 030-31	j	K	10,00
Nichtwohngebäude 2000	K 030-32	j	K	10,00

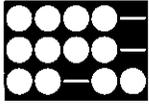
Veröffentlichungen

Sachgebiet Kurztitel	Kenn- ziffer	Periodi- zität	R	Preis
noch: Bautätigkeit und Wohnungswesen				
Wohnungen nach Raumzahl 2000	K 030-33	j	K	10,00
Wohngebäude und Wohnungen nach Zahl der Wohnungen im Wohngebäude 2000	G 031-01	j	G	25,00
Nichtwohngebäude 2000	K 031-01	j	K	10,00
Wohnungen nach Raumzahl 2000	K 031-32	j	K	10,00
Wohnungen nach Raumzahl 2000	K 031-33	j	K	10,00

R: kleinste ausgewiesene regionale Gliederung;
B = Bundesgebiet; **L =** Land; **K =** Kreise/Kreisfreie Städte;
G = Gemeinde; **S =** sonstige Regionalebene
Abkürzungen: m = monatlich; vj = vierteljährlich; hj = halbjährlich;
 j = jährlich; 2j = zweijährlich; x = unregelmäßig; ein = einmalig
 Über alle lieferbaren Publikationen (auch in elektronischer Form)
 informiert unser Veröffentlichungsverzeichnis (im Internet oder als
 kostenlose Broschüre).

Einzelbestellungen (zzgl. Versandkosten)
 oder Abonnementswünsche bitte an:

Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein
 – Vertrieb –
 Post: Postfach 71 30, 24171 Kiel
 Telefon: (04 31) 68 95 - 2 80
 Telefax: (04 31) 68 95 - 4 98
 E-Mail: vertrieb@statistik-sh.de



<i>Daten zur Konjunktur</i>	2
<i>Jahreszahlen</i>	4
<i>Zahlenspiegel</i>	6
<i>Kreiszahlen</i>	11
<i>Zahlen für Bundesländer</i>	12

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

**Daten zur Konjunktur
Schleswig-Holstein**

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Energiewirtschaft		Juni 2001		Januar bis Juni 2001	
Stromerzeugung (brutto)	Gwh
Verarbeitendes Gewerbe¹					
Beschäftigte	1 000	140	- 0,9	140	- 0,6
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	11	- 3,0	11	- 2,9
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	835	+ 1,2	771	+ 1,9
darunter Lohnsumme	Mill. DM	409	- 1,5	381	- 0,4
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 813	- 5,3	4 451	+ 0,3
Inlandsumsatz	Mill. DM	3 179	- 1,9	2 991	+ 0,6
Auslandsumsatz	Mill. DM	1 635	- 11,3	1 459	- 0,4
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige			+ 19,0		- 12,1
aus dem Inland			+ 29,2		+ 5,6
aus dem Ausland			+ 3,5		- 31,6
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau²					
Beschäftigte	1 000	31	- 11,7	31	- 11,0
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	3	- 12,0	3	- 20,1
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	128	- 12,9	118	- 12,1
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	469	- 8,4	361	- 14,3
Auftragseingang ³	Mill. DM	266	- 27,0	217	- 14,6
Baugenehmigungen⁴					
Wohnbau	Wohnungen	871	- 11,2	879	- 16,4
Nichtwohnbau	1 000 m ² umbauter Raum	555	+ 62,8	489	+ 2,2
Einzelhandel insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)					
Umsatz	Meßziffer 1995 = 100	110,3	+ 3,5	105,8	+ 0,2
Gastgewerbe					
Umsatz	Meßziffer 1995 = 100	115,1	- 2,4	89,4	- 1,1
Fremdenverkehr⁵					
Ankünfte	1 000	516	- 2,1	1 918	- 0,3
Übernachtungen	1 000	2 437	- 4,4	8 317	- 0,7
Arbeitsmarkt					
Arbeitslose	Anzahl	107 946	+ 2,2	117 987	- 0,2
Offene Stellen	Anzahl	16 994	- 2,6	16 831	- 2,8
Kurzarbeiter	Anzahl	3 783	+ 29,2	5 497	+ 36,2
Insolvenzen					
Anzahl		113	+ 17,7	132	+ 26,1

¹ einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse; Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II/1/E III 1

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtete Zahl

		Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %												
		Januar bis Dez. 2000	Juli 2000	August 2000	Sept. 2000	Okt. 2000	Nov. 2000	Dez. 2000	Jan. 2001	Febr. 2001	März 2001	April 2001	Mai 2001	Juni 2001
Verarbeitendes Gewerbe¹														
Beschäftigte	Land	+0,5	+0,6	+0,3	+0,4	+0,5	+0,6	+0,8	-0,5	-0,3	-0,9	-0,7	-0,5	-0,9
	Bund	+0,1	+0,4	+0,4	+0,4	+0,5	+0,6	+0,7	+1,0	+1,0	+0,9	+0,8	+0,7	+0,4
Geleistete Arbeiterstunden	Land	+0,3	-0,2	+0,6	-2,9	+0,4	+1,0	-4,5	+1,7	-4,8	-3,8	-2,3	-4,9	-3,0
	Bund	-0,2	-2,5	+4,3	-2,3	-0,8	+0,2	-4,9	+4,9	-3,6	-2,1	+1,5	-4,5	+0,0
Lohn- und Gehaltssumme	Land	+3,0	+2,8	+2,1	+0,4	+1,3	+3,4	+0,9	+2,6	+0,2	+0,9	+4,6	+1,7	+1,2
	Bund	+2,8	+2,5	+3,9	+2,5	+3,5	+3,2	+1,6	+7,2	+1,3	+3,8	+4,1	+2,3	+2,0
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+3,3	-1,7	+10,0	+3,2	+3,5	+3,4	-7,0	+5,8	+3,5	-7,8	+10,5	-1,1	-5,3
	Bund	+9,2	+7,2	+15,2	+5,7	+8,8	+10,2	+3,5	+17,6	+4,8	+4,9	+9,8	+0,0	+4,0
Inlandsumsatz	Land	+2,5	+3,1	+2,8	+2,9	+1,7	+2,9	-4,0	+4,3	+0,0	-3,2	+9,8	-3,4	-1,9
	Bund	+5,7	+3,2	+11,3	+2,0	+4,1	+6,5	+0,8	+14,3	+2,0	+2,2	+7,3	-1,1	+3,5
Auslandsumsatz	Land	+4,9	-12,8	+28,4	+3,9	+7,6	+4,6	-13,4	+9,4	+10,8	-15,7	+12,1	+4,1	-11,3
	Bund	+15,8	+15,1	+21,2	+12,9	+17,8	+17,2	+8,6	+23,7	+9,8	+9,8	+14,2	+2,0	+4,7
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	+15,3	+27,5	+6,6	-1,2	+5,7	-5,3	+62,1	+12,1	-22,8	-37,9	-20,5	-1,7	+19,0
	Bund	+13,3	+11,8	+14,1	+7,6	+12,0	+11,0	+9,1	+16,4	+1,8	+0,2	+2,3	-2,1	p-1,2
aus dem Inland	Land	+8,8	+5,1	+9,8	+2,8	+9,2	-0,1	+9,1	+22,2	-17,3	+5,9	-0,2	-1,9	+29,2
	Bund	+7,8	+6,2	+9,9	+3,7	+4,2	+5,6	+2,3	+12,4	-1,2	+1,7	+1,3	-5,7	p-5,6
aus dem Ausland	Land	+23,9	+61,2	+2,0	-6,8	+0,9	-13,3	+143,5	-2,6	-30,3	-62,9	-41,4	-1,4	+3,5
	Bund	+21,0	+19,7	+20,0	+12,7	+23,0	+18,4	+17,7	+21,7	+5,6	-1,7	+3,4	+2,5	p+3,9
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	+11,5	—	+32,2	—	—	+5,1	—	—	+0,9	—	—	+7,3	—
	Bund	+2,1	—	+4,9	—	—	-0,6	—	—	-0,7	—	—	-2,5	—
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau²														
Beschäftigte	Land	-4,9	-5,9	-6,2	-6,3	-6,8	-7,5	-7,8	-8,0	-9,1	-12,4	-12,9	-12,0	-11,7
	Bund	-5,4	-6,0	-6,4	-6,5	-7,1	-7,3	-7,6	-7,7	-8,8	-11,8	-11,3
Geleistete Arbeitsstunden	Land	-7,0	-8,9	-6,2	-13,9	-12,9	-9,6	-8,3	-17,1	-26,7	-32,3	-14,6	-18,4	-12,0
	Bund	-6,3	-11,0	-2,8	-11,6	-10,4	-5,3	-10,1	-9,9	-19,1	-20,5	-14,6
Lohn- und Gehaltssumme	Land	-4,2	-7,8	-1,6	-7,4	-5,6	-6,8	-9,0	-5,5	-15,7	-20,2	-9,2	-9,6	-12,9
	Bund	-4,5	-7,2	-2,8	-8,1	-3,4	-5,2	-10,8	-4,6	-10,6	-14,2	-8,4
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	-8,8	-13,6	-1,4	-16,1	-11,7	-13,1	-8,3	-4,9	-27,5	-21,6	-17,0	-7,0	-8,4
	Bund	-5,0	-10,7	-3,3	-10,6	-10,6	-6,6	-7,3	-5,4	-13,1	-16,1	-12,6
Auftragseingang ³	Land	-6,5	-14,5	-2,6	-19,9	-23,3	-12,5	-19,7	-2,3	-31,4	-3,8	-5,5	-11,9	-27,0
	Bund	-8,7	-13,5	-12,8	-10,9	-11,0	-4,3	-3,3	-6,6	-9,8	-12,1	-3,6
Baugenehmigungen⁴														
Wohnbau (Wohnungen)	Land	-30,1	-38,3	-38,8	-45,7	-37,6	-27,0	-39,6	+23,1	+9,0	-34,5	-22,4	-34,8	-11,2
	Bund	p-19,7	-26,4	-18,5	-23,6	-31,8	-26,4	-31,1	-32,5	-16,2	-22,9	-10,0
Nichtwohnbau (umbauter Raum)	Land	+4,2	+8,4	+92,3	+20,3	-17,6	-9,3	+20,7	+50,0	-29,9	-33,8	+45,9	-22,9	+62,8
	Bund	p-1,6	-4,1	-2,4	+0,9	-11,7	-3,8	+6,0	+3,4	+15,5	-5,2	+16,5
Einzelhandel insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)														
Umsatz	Land	-0,1	-4,2	+4,0	+3,2	-1,3	-0,5	-5,4	r+5,0	r-3,0	r-2,3	r+0,5	-1,9	+3,5
	Bund	+1,1	-3,9	+5,1	r+2,7	r-0,9	r+0,8	-2,1	r+6,3	-4,4	r+1,9	r+2,1	-1,1	+3,1
Gastgewerbe														
Umsatz	Land	-0,4	-2,8	-1,4	r-1,1	r-1,6	r±0,0	r-0,8	r-3,4	r-4,0	r-2,0	r+1,7	r+1,4	-2,4
	Bund	r+0,9	r±0,0	r+0,4	r+2,1	r+0,4	r-1,1	r+0,5	-2,5	r-3,2	r+0,3	r-1,7	-1,0	+0,6
Fremdenverkehr⁵														
Ankünfte	Land	+3,2	+1,7	+0,9	+9,4	-6,0	+0,2	+6,0	+2,3	p-1,2	p-3,3	p-6,0	p+1,2	p-2,1
	Bund	+6,5	+8,1	+5,3	+11,5	+2,4	+4,4	+5,2	+5,6	p-1,6	p+4,9	p+0,7	p+1,5	...
Übernachtungen	Land	+1,6	+2,1	-1,8	+1,3	-4,0	+2,6	+6,2	+0,5	p-2,3	p-4,9	p-6,7	p+1,1	p-4,4
	Bund	+5,9	+7,4	+3,4	+7,8	+2,6	+6,0	+7,1	+5,0	p+0,5	p+4,2	p+1,9	p+2,7	...
Arbeitsmarkt														
Arbeitslose	Land	-6,3	-5,9	-5,2	-5,8	-5,6	-4,7	-3,8	-2,6	-1,4	-0,7	+0,6	+1,6	+2,2
	Bund	-5,1	-5,6	-6,0	-6,6	-7,0	-6,6	-5,9	-4,7	-3,8	-3,4	-3,0	-1,8	-0,8
Offene Stellen	Land	+13,6	+17,2	+20,5	+9,6	+8,7	+5,9	+6,1	-1,4	-1,3	-4,5	-8,9	+2,7	-2,6
	Bund	+12,6	+14,6	+13,6	+14,6	+14,1	+13,6	+13,0	+10,4	+9,3	+7,9	+3,6	-1,4	-3,2
Kurzarbeiter	Land	-0,5	+0,1	-9,2	-12,1	-6,9	+6,1	+17,6	+23,1	+30,3	+18,2	+48,2	+75,5	+29,2
	Bund	-27,5	-38,0	-29,7	-23,8	-26,8	-21,6	-18,7	-8,6	+0,1	+3,0	+11,3	+14,9	+33,4
Insolvenzen														
Anzahl	Land	+39,8	+105,1	+79,2	+33,3	+61,6	+20,3	+46,0	+7,1	+65,6	+1,6	+20,6	+55,8	+17,7
	Bund

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1. Ab Januar 1995 neuer Berichtskreis mit vergleichbaren Veränderungsdaten zu 1994 (d. h. in 1995 ohne die neu hinzugekommenen Bereiche)

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse; zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 - E III 1

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtigte Zahl

() = eingeschränkte Aussagefähigkeit

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹				
	Einwohner (Jahresmittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß (+) der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produzie- rendes Gewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
	1 000	Ereignisse je 1 000 Einwohner			1 000		1 000				
1996	2 732	6,5	10,5	11,4	- 3	19	1 250	43	340	340	527
1997	2 750	6,5	10,5	11,0	- 1	15	1 230	38	319	335	538
1998	2 761	6,6	10,0	10,9	- 2	12	1 231	39	298	330	563
1999	2 771	6,6	9,9	10,9	- 3	14	1 236	39	309	327	560
2000	1 238	42	299	327	570

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen									
	Schülerinnen/Schüler im September in der Schularzt					von 100 Schülerinnen/Schülern erreichten				
	Grund- oder Haupt- schule	Sonder- schule	Real- schule	Gym- nasium	Gesamt- schule	weniger als Haupt- schul- abschluss	Haupt- schul- abschluss	mittleren Abschluß	Fachhoch- schulreife und allgemeine Hochschul- reife	
	1 000									
1996	155	12	51	61	13	11	36	31	23	
1997	160	12	53	62	14	11	36	32	22	
1998	163	12	54	64	15	11	36	32	22	
1999	164	12	56	65	15	10	35	32	23	
2000	165	12	59	66	16	11	34	32	23	

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand ²				Schlachtungen ⁵		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁴	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zuckerrüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ³									
	1 000										
1996	1 397 ^b	422 ^b	1 293 ^b	2 687 ^b	378	1 309	2 407	5 709	2 251	193	717
1997	1 336 ^a	402 ^a	1 308 ^a	2 687 ^a	433	1 268	2 347	5 697	2 586	193	796
1998	1 342 ^a	395 ^a	1 348 ^a	2 687 ^a	401	1 455	2 342	5 878	2 419	187	724
1999	1 337 ^b	377 ^b	1 365 ^b	3 080 ^b	416	1 571	2 358	6 066	2 479	220	790
2000	1 297 ^a	354 ^a	1 367 ^a	3 080 ^a	399	1 480	2 352	6 210	2 801	212	753

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁶										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		geleistete Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter		Bruttosumme	insgesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas	Strom ⁷		
	1 000		Mill.								Mill. DM	
1996	147	92	148	4 767	4 342	47 113	12 359	174	908	5 110	3 504	43
1997	146	91	145	4 706	4 394	50 047	14 872	172	835	5 334	3 893	41
								1 000 t		Mill. kwh		
1998	143	88	141	4 584	4 367	50 679	15 083	158	873	5 219	3 877	39
1999	140	86	139	4 587	4 411	53 261	16 641	149	750	5 223	3 872	37
2000	141	87	139	4 702	4 586	55 000	17 457	149	873	5 780	3 557	35

¹ Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebungen im April des jeweiligen Jahres

² bis 1997 am 03.12., 1998 am 03.11., ab 1999 am 03.05.

³ ohne Ammen- und Mutterkühe

⁴ ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

⁵ gewerbliche und Hausschlachtungen, in- und ausländischer Herkunft

⁶ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; bis 1994 nach alter Wirtschaftszweigsystematik (SYPRO), ab 1995 nach neuer Wirtschaftszweigklassifikation (WZ'93), ab 1997 einschl. der Betriebe, die durch die „Handwerkszählung 1995“ ermittelt wurden

⁷ ohne Eigenerzeugung

⁸ 1 Tonne SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ

^a repräsentative Viehzählung

^b allgemeine Viehzählung

Jahr	Wohnungswesen			Ausfuhr				Fremdenverkehr ²			
	zum Bau genehmigte Wohnungen ¹	fertiggestellte Wohnungen ¹		insgesamt	in EU-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt	Bestand an Wohnungen					insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslands-gästen
1 000			Mill. DM				1 000				
1996	18	18	1 249	14 685	8 113	884	12 808	3 959	309	21 597	654
1997	19	19	1 269	17 051	8 967	1 033	15 334	4 057	337	20 776	685
1998	18	19	1 289	17 774	10 104	1 006	16 117	4 097	362	20 483	716
1999	17	17	1 307	17 220	10 958	1 109	18 333	4 208	357	20 538	729
2000	12	14	...	17 070	10 725	1 147	17 905	4 342	405	20 860	799

Jahr	Kfz-Bestand ³ am 01.07.				Straßenverkehrsunfälle ⁵ mit Personenschaden			Spar-einlagen ⁶ am 31.12.	Sozialhilfe ⁷			Kriegsopfer-fürsorge
	insgesamt	Krafträder	Pkw ⁴	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt	Empfänger in 1 000	
	1 000				Unfälle	Getötete	Verletzte	Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM
1996	1 677	85	1 416	75	14 307	260	18 809	29 689	2 201,6	902,1	117,8	104,7
1997	1 706	94	1 433	78	14 549	282	19 223	30 768	1 991,0	964,6	124,5	53,4
1998	1 729	102	1 441	83	14 376	245	19 047	31 189	2 054,1	1 004,7	126,0	43,9
1999	1 759	112	1 457	87	14 897	263	19 706	16 204 ^a	2 040,60	966,0	123,2	40,3
2000	1 788	118	1 477	90	14 406	223	18 742	15 271

Jahr	Steuern								Schulden			
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände ⁹	
	des Bundes	des Landes ⁸	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarkt-mittel
	Mill. DM											
1996	8 609	9 980	3 093	5 950	10 133	7 821	805	169	1 265	27 640	5 127	4 026
1997	...	9 924	3 223	5 493 ^b	10 233	7 734	775	...	1 430	28 991	5 318	4 184
1998	...	10 440	3 315	5 868 ^b	10 752	8 061	756	...	1 492	29 797	5 413	4 248
1999	...	10 813	3 376	6 395	11 142	8 343	1 107	...	1 387	30 460	5 415	4 448
2000	...	11 226	3 275	6 134	11 030	8 297	1 108	...	1 347	31 294	5 413	4 429

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet (1995 = 100)					Löhne und Gehälter ¹¹						
	Erzeugerpreise ¹⁰		für Wohngebäude	Lebenshaltung aller privaten Haushalte		Industriearbeiter ¹²		Angestellte in Industrie ¹² und Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe			Öffentlicher Dienst	
	gewerblicher Produkte	land-wirtschaftlicher Produkte		insgesamt	darunter Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	Männer	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹³		
								kaufmännische Angestellte	technische Angestellte	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokrant)	
DM												
1996	98,8	-	99,8	101,4	100,6	1 022 ^c	734 ^c	5 419 ^c	3 870 ^c	6 254 ^c	4 769	3 594
1997	99,9	100,5	99,1	103,3	102,0	1 024 ^c	746 ^c	5 514 ^c	3 962 ^c	6 240 ^c	4 628	3 438
1998	99,5	95,6	98,7	104,3	103,0	1 033 ^b	760 ^b	5 634 ^b	4 065 ^b	6 411 ^b	4 697	3 490
1999	98,5	89,9	98,4	104,9	101,7	1 056 ^d	776 ^d	5 790 ^d	4 167 ^d	6 584 ^d	4 833	3 591
2000	101,8	95,1	98,7	106,9	101,2	1 076	796	5 934	4 282	6 787	4 833 ^d	3 663

¹ Errichtung neuer Gebäude

² nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen

³ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr; ab 1994 nur ohne Post und Bundeswehr

⁴ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁵ 1999 vorläufige Zahlen

⁶ ohne Postspareinlagen

⁷ Die Angaben ab 1994 sind nicht direkt mit den Vorjahren vergleichbar, weil seit 01.11.1993 die Angaben für Asylbewerber gesondert ausgewiesen werden.

⁸ einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen

⁹ einschließlich ihrer Krankenhäuser bis 1997, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände

¹⁰ ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer

¹¹ Durchschnitt aus den 4 Berichtsquartalen

¹² einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk

¹³ Endgehalt, die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind (ab 1997 ohne Kindergeld), ohne Stellenzulage

^a ab 1999 in Euro

^b ohne Einfuhrumsatzsteuer

^c Mit der Zuordnung der Berichtsbetriebe zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993), ist kein Vergleich mit den Ergebnissen zurückliegender Berichtsjahre möglich

(vgl. Seite 10, Zahlenspiegel)

^d im Jahre 2000 erfolgte keine prozentuale Besoldungserhöhung

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1999	2000	2000			2001			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 771	...	2 779	2 780	2 781
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen	Anzahl	p 1 533	...	p 1 096	p 2 210	p 2 119
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p 6,6	...	p 4,8	p 9,4	p 9,3
* Lebendgeborene	Anzahl	p 2 279	...	p 1 946	p 2 354	p 2 145
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p 9,9	...	p 8,5	p 10,0	p 9,4
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	p 2 509	...	p 2 280	p 2 579	p 2 372
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p 10,9	...	p 10,0	p 10,9	p 10,4
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	p 8	...	p 13	p 6	p 9
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p 3,5	...	p 6,7	p 2,5	p 4,2
* Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	p - 230	...	p - 334	p - 225	p - 227
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p - 1,0	...	p - 1,5	p - 1,0	p - 1,0
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	6 647	p 6 618	5 841	6 112	5 676
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	1 481	p 1 424	1 140	1 443	1 392
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 482	p 5 336	4 495	5 042	4 542
* darunter in das Ausland	Anzahl	1 200	p 1 130	900	1 094	925
* Wanderungsgewinn (+) und -verlust (-)	Anzahl	+ 1 165	p + 1 282	+ 1 346	+ 1 070	+ 1 134
* Innerhalb des Landes Umgezogene ¹	Anzahl	11 398	p 10 871	9 701	10 644	9 326
* Wanderungsfälle	Anzahl	23 527	p 22 825	20 037	21 798	19 544
Arbeitslage										
* Arbeitslose (Monatsende)	1 000	122	114	115	108	106	122	116	110	108
* darunter Männer	1 000	71	66	67	63	61	73	69	65	64
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	3,2	3,2	4,5	3,4	2,9	5,9	6,7	6,0	3,8
* darunter Männer	1 000	2,7	2,9	4,0	2,9	2,5	5,3	5,1	4,8	3,3
* Offene Stellen (Monatsende)	1 000	13,7	0,0	19,6	18,6	17,5	17,7	17,9	19,1	17,0
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 308 ^a	1 300 ^a	.	1 297	.	.	.	p 1 318	.
* darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	382 ^a	375 ^a	.	354	.	.	.	p 363	.
* Schweine	1 000	1 415 ^a	1 366 ^a	.	1 367	.	.	.	p 1 360	.
* darunter Zuchtsauen	1 000	124 ^a	116 ^a	.	119	.	.	.	p 127	.
* darunter trächtig	1 000	91 ^a	84 ^a	.	88	.	.	.	p 90	.
Schlachtungen										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	35	33	28	34	29	23	24	33	29
* Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	0	0	0	0
* Schweine	1 000 St.	131	123	114	130	119	121	100	106	109
* darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Schlachtmenge² aus gewerblichen Schlachtungen										
* (ohne Geflügel)	1 000 t	22,8	21,9	19,2	22,7	20,1	20,2	17,1	20,8	19,8
* darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	10,6	10,4	8,6	10,6	9,1	9,9	7,7	10,9	9,6
* Kälber	1 000 t	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,0	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	11,8	11,1	10,2	11,7	10,6	10,1	9,0	9,5	9,8
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
* Rinder (ohne Kälber)	kg	309	314	313	315	314	322	324	328	328
* Kälber	kg	136	138	139	138	140	141	143	141	143
* Schweine	kg	90	90	90	90	90	90	90	90	91
Geflügel										
* Konsumei ³	1 000	28 836	28 168	29 593	28 294	28 631	28 633	29 127	29 250	27 278
* Geflügelfleisch ⁴	1 000 kg	70	85
Milcherzeugung⁵										
* (ab Januar 2000 keine Monatsmeldungen mehr)	1 000 t	197	196	204	210	194	-	-	-	-
* darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	97	96	97	97,9	97,7	-	-	-	-
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	16,6	17,0	18,0	17,9	17,1	-	-	-	-

¹ ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

² einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

³ in Betrieben bzw. in Unternehmen mit 3 000 und mehr Hennenhaltungsplätzen

⁴ aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

⁵ ab Januar 2000 keine Monatsmeldungen mehr

^a November

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		1999	2000	2000			2001			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe¹										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	140	141	140	140	141	140	139	140	140
* darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	86	87	86	86	87	85	85	85	86
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	11 569	11 600	10 949	11 984	11 491	11 971	10 697	11 402	11 146
* Lohnsumme	Mill. DM	382,3	391,8	382,0	402,0	415,5	367,2	387,2	397,3	409,4
* Gehaltssumme	Mill. DM	367,6	380,5	365,8	382,5	409,5	371,8	395,0	400,2	425,9
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 438	4 583	3 937	4 560	5 083	4 672	4 353	4 508	4 813
* Inlandsumsatz	Mill. DM	3 052	3 129	2 701	3 170	3 240	3 123	2 967	3 061	3 179
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 387	1 455	1 236	1 390	1 842	1 549	1 386	1 447	1 635
Kohleverbrauch	1 000 t	12
Gasverbrauch	Mill. kWh	435	482
Stadt- und Kokereigas	Mill. kWh
Erd- und Erdölgas	Mill. kWh
Heizölverbrauch	1 000 t	63	73
leichtes Heizöl	1 000 t	4	3
schweres Heizöl	1 000 t	59	70
Stromverbrauch	Mill. kWh	323	337	327	334	330	353	324	346	340
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	38	41	40	40	30	40	40	39	38
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 784	2 639	2 054	2 363	2 137
* Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	1 085	1 088	1 056	1 031	473
Gaserzeugung (netto)	1 000 m³
Handwerk (Meßzahlen)³										
						2. Vj. 2000	1. Vj. 2001			2. Vj. 2001
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.09.1998 = 100	95,5	92,9	.	.	93,0	88,8
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1998 = 100	101,1	99,6	.	.	101,2	84,9
Baugewerbe⁴										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau⁵										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	36 580	34 797	35 641	35 570	35 413	31 109	31 038	31 293	31 276
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	3 735	3 473	3 420	4 212	3 734	2 477	2 920	3 438	3 285
darunter für										
Wohnungsbauten	1 000	1 930	1 774	1 769	2 165	1 926	1 164	1 408	1 629	1 546
gewerbliche und industrielle Bauten ⁶	1 000	794	785	789	976	859	660	696	818	822
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	961	869	826	1 040	948	624	780	949	917
* Lohnsumme	Mill. DM	115,1	109,1	111,5	117,9	114,6	76,5	100,2	105,3	98,8
* Gehaltssumme	Mill. DM	30,8	30,6	30,2	29,6	32,3	27,2	28,5	28,0	29,2
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	513,3	468,1	422,1	505,5	512,7	346,8	350,3	470,3	469,4
* Auftragseingang ⁷	Mill. DM	247,7	231,5	235,3	265,8	365,0	254,4	222,4	234,2	266,5
Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe⁷										
* Beschäftigte ⁸	Anzahl	11 247	10 581	-	-	10 431	9 837	-	-	9 851
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 251	1 169	-	-	3 444	3 119	-	-	3 109
* Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	45,4	43,7	-	-	128	119,7	-	-	130
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	139,2	130,0	-	-	356	297,7	-	-	362

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1. Ab Januar 1997 einschließlich ca. 90 neu in der Handwerkszählung gefundener Betriebe.

² ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme und Wasserversorgung

³ ohne handwerkliche Nebenbetriebe

⁴ ab 1995 in der Abgrenzung nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ93)

⁵ auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

⁶ einschließlich Unternehmen der Bahn und Post

⁷ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁸ am Ende des Vierteljahres, bei Jahreszahlen = Durchschnitt der Vierteljahresergebnisse

⁹ Ab 1997 Umstellung auf vierteljährliche Berichterstattung

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1999	2000	2000			2001			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
BAUTÄTIGKEIT										
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	943	718	796	1 021	695	627	620	586	657
darunter mit										
1 Wohnung	Anzahl	829	639	712	888	609	575	559	505	592
2 Wohnungen	Anzahl	68	49	62	86	55	31	34	46	35
* Rauminhalt	1 000 m³	742	549	597	773	541	494	471	470	493
* Wohnfläche	1 000 m²	144	107	116	151	105	97	93	93	96
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	118	111	107	150	97	93	80	99	99
* Rauminhalt	1 000 m³	572	548	449	537	341	539	655	414	555
* Nutzfläche	1 000 m²	95	88	71	91	64	90	92	69	99
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 506	1 080	1 158	1 507	1 094	984	857	957	948
HANDEL UND GASTGEWERBE										
Ausfuhr										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1685,0	p 1 672,5	1 389,8	1 637,5	1 620,1	1 696,2	1 646,2	1 831,7	...
davon										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	157,3	p 180,4	151,9	172,6	201,2	206,8	138,8	198,2	...
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	1 527,7	p 1 492,1	1 237,9	1 464,9	1 418,9	1 489,4	1 507,3	1 633,5	...
davon										
Rohstoffe	Mill. DM	24,9	p 29,6	82,1	24,7	25,0	34,2	13,5	43,4	...
Halbwaren	Mill. DM	74,5	p 108,2	62,7	111,6	123,2	102,7	112,0	93,1	...
Fertigwaren	Mill. DM	1 428,4	p 1 354,3	1 093,1	1 328,6	1 270,6	1 352,5	1 381,7	1 497,1	...
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. DM	154,9	p 188,7	154,9	199,4	210,1	189,0	155,3	203,8	...
Enderzeugnisse	Mill. DM	1 273,4	p 1 165,7	938,2	1 129,2	1 060,4	1 163,5	1 226,5	1 293,3	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
EU-Länder	Mill. DM	913,1	p 893,8	833,4	833,2	835,0	913,8	1 011,9	945,4	...
darunter Vereinigtes Königreich	Mill. DM	129,6	p 135,5	108,6	143,6	100,4	148,0	124,6	104,7	...
Niederlande	Mill. DM	128,4	p 120,6	97,5	91,5	117,1	123,8	103,1	144,8	...
Frankreich	Mill. DM	120,1	p 120,2	118,5	139,1	108,7	126,6	94,1	142,7	...
Dänemark	Mill. DM	118,9	p 83,7	84,8	62,6	76,5	93,7	97,0	110,0	...
* Einzelhandelsumsätze insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)	1995 = 100	108,2	108,1	108,1	119,2	106,6	110,8	108,6	116,9	110,3
* Gastgewerbeumsätze	1995 = 100	98,5	98,1	101,4	109,4	117,9	77,6	103,1	110,9	115,1
Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten										
* Ankünfte	1 000	351	362	369	446	528	p 243	p 347	p 451	p 516
darunter von Auslandsgästen	1 000	30	34	29	32	40	p 23	p 32	p 34	p 39
* Übernachtungen	1 000	1 712	1 738	1 657	2 007	2 550	p 896	p 1 546	p 2 030	p 2 437
darunter von Auslandsgästen	1 000	61	67	58	65	82	p 50	p 62	p 69	p 79
VERKEHR										
Seeschifffahrt¹										
* Gütereingang	1 000 t	1 825
* Güterversand	1 000 t	1 039
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1 000 t	162	158	188	172	133	168	139	159	146
* Güterversand	1 000 t	203	190	202	176	200	229	195	265	279
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ²	Anzahl	11 198	9 866	10 597	12 145	10 778	11 907	11 062	10 898	11 079
darunter Krafträder	Anzahl	790	673	1 286	1 276	904	884	1 005	895	721
Personenkraftwagen ³	Anzahl	9 330	8 135	8 124	9 615	8 706	9 594	8 636	8 637	9 052
Lastkraftwagen (einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	721	715	702	781	774	827	631	727	676
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 248	1 201	1 081	1 556	1 391	950	950	p 1 288	p 1 241
* Getötete Personen	Anzahl	22	19	16	33	18	13	19	p 19	p 20
* Verletzte Personen	Anzahl	1 652	1 562	1 451	2 003	1 796	1 245	1 306	p 1 625	p 1 631

¹ ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

² mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

³ einschließlich Kombinationskraftwagen

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		1999	2000	2000			2001			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
GELD UND KREDIT										
Insolvenzen										
Insolvenzen insgesamt	Anzahl	89	124	102	95	96	130	123	148	113
Unternehmen	Anzahl	68	77	64	49	61	76	81	98	64
übrige Gemeinschuldner	Anzahl	20	47	38	46	35	54	42	50	49
darunter mangels Masse abgewiesen	Anzahl	51	55	48	35	42	55	42	44	28
Kredite und Einlagen^{1 2}										
		4-Monats-durchschnitt⁴								
Kredite ³ an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	86 178	95 179	-	-	95 116	...	-	-	...
darunter										
Kredite ³ an inländische Nichtbanken	Mill. DM	82 089	88 946	-	-	89 215	...	-	-	...
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 262	9 952	-	-	9 886	...	-	-	...
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 947	9 518	-	-	8 995	...	-	-	...
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	315	274	-	-	251	...	-	-	...
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 418	7 060	-	-	7 031	...	-	-	...
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 936	5 828	-	-	5 761	...	-	-	...
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 482	1 232	-	-	1 270	...	-	-	...
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	65 409	71 934	-	-	72 298	...	-	-	...
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	52 563	59 509	-	-	59 804	...	-	-	...
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	12 846	12 426	-	-	12 494	...	-	-	...
Einlagen und aufgenommene Kredite ³ von Nichtbanken	Mill. DM	49 142	50 213	-	-	50 389	...	-	-	...
Sichteinlagen und Termingelder										
von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	33 934	35 641	-	-	35 785	...	-	-	...
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	31 151	32 711	-	-	32 594	...	-	-	...
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	2 783	2 931	-	-	3 191	...	-	-	...
Spareinlagen	Mill. DM	16 361	15 710	-	-	15 724	...	-	-	...
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	16 078	15 413	-	-	15 422	...	-	-	...
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	283	298	-	-	302	...	-	-	...
STEUERN										
Steueraufkommen nach der Steuerart			Vierteljahres-durchschnitt	2. Vj. 2000		1. Vj. 2001	2. Vj. 2001			
Gemeinschaftsteuern ⁵	Mill. DM	4 466	4 374	-	-	4 421	3 832	-	-	4 247
Lohnsteuer	Mill. DM	2 086	2 074	-	-	1 887	1 845	-	-	1 834
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	277	277	-	-	458	208	-	-	401
nicht veranlagte Ertragsteuer	Mill. DM	84	82	-	-	72	109	-	-	130
Zinsabschlagsteuer	Mill. DM	46	58	-	-	40	126	-	-	55
Körperschaftsteuer	Mill. DM	293	266	-	-	429	370	-	-	246
Umsatzsteuer	Mill. DM	1 599	1 534	-	-	1 452	1 573	-	-	1 504
Gewerbsteuerumlage	Mill. DM	82	83	-	-	82	15	-	-	76
Landessteuern	Mill. DM	335	310	-	-	311	360	-	-	339
Vermögensteuer	Mill. DM	12	6	-	-	4	5	-	-	5
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	118	103	-	-	100	105	-	-	101
Kräfffahrzeugsteuer	Mill. DM	126	123	-	-	135	163	-	-	159
Gemeindesteuern	Mill. DM	498	492	-	-	526	442	-	-	...
Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	-	-	8	9	-	-	...
Grundsteuer B	Mill. DM	123	125	-	-	129	133	-	-	...
Gewerbsteuer	Mill. DM	347	337	-	-	369	283	-	-	...
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaft										
Bundesanteil an den Gemeinschaftssteuern ⁵	Mill. DM	2 067	2 016	-	-	2 039	1 813	-	-	1 965
Lohnsteuer	Mill. DM	886	882	-	-	802	784	-	-	779
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	118	118	-	-	195	88	-	-	171
Körperschaftsteuer	Mill. DM	164	133	-	-	215	185	-	-	123
Umsatzsteuer	Mill. DM	749	798	-	-	755	818	-	-	782
Gewerbsteuerumlage	Mill. DM	19	19	-	-	19	4	-	-	20
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	153	150	-	-	152	139	-	-	144
Bundesanteil und Solidaritätszuschlag	Mill. DM	2 220	2 165	-	-	2 191	1 951	-	-	2 109
Steuereinnahmen des Landes ⁶	Mill. DM	2 703	2 807	-	-	2 950	2 617	-	-	2 732
Landesanteil an den Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 185	2 210	-	-	2 297	2 065	-	-	2 127
Lohnsteuer (einschl. Zerlegung)	Mill. DM	942	936	-	-	838	925	-	-	817
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	112	114	-	-	188	94	-	-	160
Körperschaftsteuer (einschl. Zerlegung)	Mill. DM	155	151	-	-	232	198	-	-	135
Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	837	866	-	-	898	899	-	-	843
Gewerbsteuerumlage	Mill. DM	63	64	-	-	26	12	-	-	25
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände (netto) ⁷	Mill. DM	844	900	-	-	879	460	-	-	...
Gewerbsteuer ⁷	Mill. DM	266	256	-	-	291	259	-	-	...
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	392	373	-	-	316	17	-	-	...

¹ ab 1999 in Mill. EURO

² Bestand an Krediten und Einlagen am Monatsende. Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 01.01.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

³ einschließlich durchlaufender Kredite ⁴ Durchschnitt aus den Beständen in den Monaten März, Juni, September, Dezember ⁵ ohne Einfuhrumsatzsteuer

⁶ einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen ⁷ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

	1999 ^a	2000	-2000			2001			
	Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
PREISE									
Preisindexziffern im Bundesgebiet 1995 = 100									
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	104,9	106,9	106,4	106,3	106,9	109,1	109,5	110,0	110,2
darunter für									
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	101,7	101,2	101,5	101,8	101,8	104,3	105,9	107,7	108,0
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	106,0	107,5	107,3	107,4	107,3	109,4	109,3	109,4	109,5
Bekleidung und Schuhe	101,8	102,0	102,0	102,0	101,9	102,5	102,6	102,8	102,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	107,4	110,9	109,7	110,1	110,4	113,7	114,0	114,2	114,6
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. ä.	102,1	102,1	102,2	102,0	102,0	102,7	102,7	103,0	103,0
Gesundheitspflege	110,6	111,0	110,7	110,8	110,9	112,1	112,2	112,3	112,3
Verkehr	107,6	113,6	112,0	111,9	114,5	117,2	118,0	119,5	118,8
Nachrichtenübermittlung	88,2	84,5	84,5	84,1	84,0	82,4	81,9	81,9	81,9
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	103,4	104,5	104,3	102,8	104,2	106,5	105,1	105,0	105,8
Bildungswesen	117,5	119,3	119,1	118,8	118,8	120,8	120,9	120,9	120,9
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	104,9	106,2	105,9	105,6	106,3	106,4	107,4	107,5	108,6
Anderer Waren und Dienstleistungen	104,5	106,8	106,4	106,5	106,6	109,1	109,2	109,3	109,4
Einzelhandelspreise ¹	101,9	103,0	102,6	102,7	102,8	104,0	104,4	104,9	105,1
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	98,4	98,7		98,7				98,6	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ²	98,5	101,8	100,4	101,0	101,3	104,9	105,4	105,6	105,7
Einfuhrpreise ²	100,2	111,4	108,4	110,6	110,7	113,3	113,9	115,0	114,7
Ausfuhrpreise ²	100,9	104,4	103,6	104,3	104,3	105,6	105,7	106,0	106,0
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ²	89,9	95,1	94,1	94,7	96,1	102,1	p 102,3	p 102,5	...
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ²	100,8	106,7		106,0	106,6	109,9	110,2	p 110,3	...
LÖHNE UND GEHÄLTER³									
- Effektivverdienste in DM -									
Arbeiter im Produzierenden Gewerbe⁴									
Bruttowochenverdienste									
männliche Arbeiter	1 056	1 076	1 076	.	.	.	1 084	.	.
darunter Facharbeiter	1 115	1 143	1 144	.	.	.	1 154	.	.
weibliche Arbeiter	776	796	789	.	.	.	794	.	.
darunter Hilfsarbeiter	728	741	734	.	.	.	746	.	.
Bruttostundenverdienste									
männliche Arbeiter	27,87	28,35	28,19	.	.	.	28,76	.	.
darunter Facharbeiter	29,68	30,30	30,23	.	.	.	30,77	.	.
weibliche Arbeiter	20,91	21,24	21,16	.	.	.	21,25	.	.
darunter Hilfsarbeiter	19,46	19,62	19,54	.	.	.	19,81	.	.
bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	37,9	38,0	38,2	.	.	.	37,7	.	.
weibliche Arbeiter (Stunden)	37,1	37,5	37,3	.	.	.	37,4	.	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste									
Produzierendes Gewerbe⁴									
kaufmännische Angestellte									
männlich	6 857	6 987	6 902	.	.	.	7 122	.	.
weiblich	4 875	4 958	4 926	.	.	.	5 112	.	.
technische Angestellte									
männlich	6 863	7 049	6 981	.	.	.	7 194	.	.
weiblich	4 818	4 851	4 823	.	.	.	4 971	.	.
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe									
kaufmännische Angestellte									
männlich	5 409	5 559	5 578	.	.	.	5 571	.	.
weiblich	3 946	4 056	4 064	.	.	.	4 119	.	.
technische Angestellte									
männlich	5 124	5 344	5 358	.	.	.	5 520	.	.
weiblich	3 645	3 898	3 796	.	.	.	4 737	.	.
Produzierendes Gewerbe ⁴ ; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen u. Gebrauchsgütern; Kredit- u. Versicherungsgewerbe zusammen	5 341	5 486	5 460	.	.	.	5 593	.	.
kaufmännische Angestellte									
männlich	5 790	5 934	5 910	.	.	.	6 003	.	.
weiblich	4 167	4 282	4 274	.	.	.	4 379	.	.
technische Angestellte									
männlich	6 584	6 787	6 724	.	.	.	6 959	.	.
weiblich	4 710	4 763	4 717	.	.	.	4 956	.	.

¹ Beim Index der Einzelhandelspreise wurden die Angaben von Januar 1998 bis Mai 1999 wegen fehlerhafter Einbeziehung der Zuzahlungen für Arzneimittel korrigiert.

² ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

³ Mit der Zuordnung der Berichtsbetriebe zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993), ist kein Vergleich mit den Ergebnissen vor 1996 möglich.

⁴ Handwerk nur im Hoch- und Tiefbau enthalten

⁵ neuer Berichtskreis im Produzierenden Gewerbe ab Oktober 1999

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Kreiszahlen Schleswig-Holstein

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30.09.2000			Bevölkerungsveränderung im September 2000			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im April 2001 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn (+) oder -verlust (-)	Bevölkerungs- zunahme (+) oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat ¹						
		%							
FLensburg	84 297	+ 0,1	- 0,2	± 0	+ 116	+ 116	24	-	32
KIEL	232 587	+ 0,1	- 1,0	- 17	+ 263	+ 246	76	-	102
LÜBECK	213 539	+ 0,1	- 0,1	- 22	+ 199	+ 177	88	-	109
NEUMÜNSTER	80 103	+ 0,1	- 0,5	+ 3	+ 57	+ 60	35	-	40
Dithmarschen	137 262	- 0,0	+ 0,3	+ 3	- 40	- 37	62	3	77
Herzogtum Lauenburg	179 183	+ 0,1	+ 1,4	+ 4	+ 179	+ 183	66	2	94
Nordfriesland	164 392	+ 0,0	+ 0,2	- 4	+ 34	+ 30	60	3	80
Ostholstein	202 231	+ 0,0	+ 0,4	- 13	+ 62	+ 49	73	3	100
Pinneberg	290 802	+ 0,1	+ 0,6	+ 12	+ 293	+ 305	101	1	137
Plön	132 735	+ 0,0	+ 0,8	+ 11	+ 9	+ 20	33	2	52
Rendsburg-Eckernförde	269 765	+ 0,1	+ 1,0	+ 47	+ 209	+ 256	85	-	121
Schleswig-Flensburg	197 441	+ 0,1	+ 0,7	+ 16	+ 158	+ 174	58	-	90
Segeberg	249 361	+ 0,1	+ 1,0	+ 23	+ 283	+ 306	81	1	119
Steinburg	135 938	+ 0,0	+ 0,2	- 3	+ 37	+ 34	35	2	44
Stormarn	217 019	+ 0,1	+ 0,8	+ 22	+ 191	+ 213	73	2	109
Schleswig-Holstein	2 786 655	+ 0,1	+ 0,4	+ 82	+ 2 050	+ 2 132	950	19	1 306

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³			Kraftfahrzeugbestand ⁵ am 01.01.2001		
	Betriebe am 30.06.2001	Beschäftigte am 30.06.2001	Umsatz ⁴ im Juni 2001 Mill. DM	ins- gesamt	Pkw ⁶	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁷
FLensburg	50	8 888	555	45 607	39 374	467
KIEL	108	14 501	297	121 068	102 993	443
LÜBECK	108	13 592	383	111 817	95 771	448
NEUMÜNSTER	61	6 197	156	48 801	40 978	512
Dithmarschen	60	6 359	559	95 807	74 848	545
Herzogtum Lauenburg	101	7 939	209	121 577	101 763	568
Nordfriesland	64	3 345	178	118 483	94 216	573
Ostholstein	90	5 983	168	133 925	110 918	548
Pinneberg	180	16 508	543	187 934	157 927	543
Plön	44	2 360	54	85 753	69 874	526
Rendsburg-Eckernförde	117	7 989	245	186 685	151 882	563
Schleswig-Flensburg	81	4 336	151	138 819	109 976	557
Segeberg	182	16 022	527	184 220	152 643	612
Steinburg	69	7 023	254	92 362	74 091	545
Stormarn	165	18 792	533	154 114	130 558	602
Schleswig-Holstein	1 480	139 834	4 813	1 826 972	1 507 812	541

¹ nach dem Gebietsstand vom 31.07.1997

² einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

³ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, ab Januar 1995 neue Berichtskreisabgrenzung aufgrund neuer Systematik; Vergleich mit davorliegenden Zeiträumen nicht gegeben.

⁴ ohne Umsatzsteuer

⁵ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

⁶ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁷ Bevölkerungsstand: September 2000

⁸ Die Summe enthält Meldungen die keinem Kreis zuzuordnen sind.

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein Statistische Monatshefte/Zahlenbeilage 7/ 8/2001

Zahlen für Bundesländer

Bundesland	Bevölkerung		Arbeitsmarkt					Verarbeitendes Gewerbe ²		
	Einwohner am 30.06.2000		Arbeitslose Ende Juni 2001			Kurzarbeiter Mitte Juni 2001	offene Stellen Ende Juni 2001	Be- schäftigte am 30.04.2001	Umsatz ³ im April 2001	
	1 000	Veränderung ¹	1 000	Veränderung ¹	Arbeitslosen- quote				1 000	1 000
		%		%						
Baden-Württemberg	10 497,7	+ 0,4	249,5	- 6,2	5,0	15,9	85,2	1 270	38 000	43
Bayern	12 183,4	+ 0,5	295,8	- 2,8	4,9	14,0	99,2	1 217	39 733	42
Berlin	3 383,3	- 0,3	265,6	+ 2,9	15,4	3,6	7,5	112	4 848	23
Brandenburg	2 600,8	+ 0,3	227,7	+ 4,3	16,3	3,5	8,1	89	2 566	18
Bremen	661,6	- 0,7	39,2	- 3,0	12,6	0,8	6,0	65	3 239	49
Hamburg	1 708,4	+ 0,4	68,3	- 5,9	8,5	0,7	10,5	99	11 005	16
Hessen	6 056,9	+ 0,2	198,1	- 7,0	7,1	5,5	39,4	456	12 853	38
Mecklenburg-Vorpommern	1 784,1	- 0,6	159,9	+ 3,8	16,8	2,0	10,4	49	1 223	17
Niedersachsen	7 912,0	+ 0,4	336,7	+ 2,8	8,6	9,0	46,6	558	22 457	39
Nordrhein-Westfalen	17 996,2	+ 0,1	747,5	- 2,7	8,9	27,4	113,7	1 457	47 567	35
Rheinland-Pfalz	4 028,5	+ 0,0	130,0	- 4,2	7,0	2,4	34,4	302	10 116	43
Saarland	1 069,5	- 0,3	44,8	- 6,5	9,7	1,7	6,8	104	3 141	44
Sachsen	4 443,9	- 0,7	380,2	+ 3,4	16,0	9,0	23,6	224	5 244	28
Sachsen-Anhalt	2 634,4	- 1,1	257,1	- 2,3	19,4	4,1	13,7	106	3 290	19
Schleswig-Holstein	2 781,0	+ 0,4	107,9	+ 2,2	7,8	3,8	17,0	139	4 374	32
Thüringen	2 441,2	- 0,6	186,0	+ 2,4	14,3	5,3	14,6	137	3 019	22
Bundesrepublik Deutschland	82 182,8	+ 0,1	3 694,4	- 0,8	9,1	108,6	541,7	6 384	212 675	37
Nachrichtlich:										
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	67 008,5	+ 0,3	2 380,2	- 1,9	7,4	83,4	468,9	5 761	196 844	38
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	15 174,4	- 0,5	1 314,2	+ 1,3	16,5	25,3	72,9	623	15 831	22

Bundesland	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau			Wohnungs- wesen	Fremdenverkehr ⁵ im Februar 2001		Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden ⁶ im April 2001				
	Beschäftigte am 28.02.2001	Baugewerblicher Umsatz ³ im Febr. 2001			Zahl der genehmigten Wohnungen im Februar 2001	Ankünfte	Übernachtungen	Unfälle		Verunglückte	
		1 000	Mill. DM	Ver- änderung ¹				Anzahl	Ver- änderung ¹	Anzahl	je 100 Unfälle
			%	Anzahl	%						
Baden-Württemberg	110	1 257	- 8,0	2 633	813 862	2 396 740	+ 2,8	2 994	- 15,1	4 174	139
Bayern	142	1 669	- 10,1	4 764	1 532 851	5 175 283	+ 4,2	4 372	- 12,9	6 138	140
Berlin	28	358	- 28,3	164	281 742	609 191	- 2,6	1 069	- 16,7	1 308	122
Brandenburg	49	393	- 29,0	982	134 853	389 665	- 2,2	858	- 20,4	1 110	129
Bremen	7	70	- 23,8	152	50 722	90 045	- 7,9	224	+ 0,9	288	129
Hamburg	13	199	- 16,7	328	174 954	312 888	- 7,3	690	- 11,7	883	128
Hessen	58	795	+ 12,4	1 707	674 399	1 787 234	+ 0,5	2 115	+ 1,1	2 931	139
Mecklenburg-Vorpommern	28	220	- 20,0	875	174 904	685 980	+ 15,2	653	- 4,4	894	137
Niedersachsen	86	854	- 22,8	2 705	562 404	1 653 999	- 7,7	2 779	- 11,4	3 796	137
Nordrhein-Westfalen	151	1 922	- 9,4	4 972	1 037 768	2 602 888	- 0,3	4 932	- 18,1	6 460	131
Rheinland-Pfalz	44	473	- 7,2	1 140	306 783	892 627	+ 0,3	1 319	- 16,1	1 819	138
Saarland	11	109	- 17,9	194	40 252	141 305	- 3,9	390	- 3,7	533	137
Sachsen	75	718	- 9,4	852	290 938	915 296	- 3,2	1 260	- 21,4	1 734	135
Sachsen-Anhalt	47	387	- 28,9	539	128 477	337 766	- 2,3	829	- 15,4	1 087	131
Schleswig-Holstein	31	288	- 27,5	1 065	183 823	647 943	- 2,3	929	- 14,1	1 275	137
Thüringen	40	330	- 11,4	450	187 132	615 315	- 2,9	745	- 19,1	1 027	138
Bundesrepublik Deutschland	918	10 021	- 13,1	23 522	6 575 864	19 253 965	+ 0,5	27 429	- 9,9	37 336	136
Nachrichtlich:											
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	670	7 850	- 11,2	19 725	5 558 475	16 097 078	+ 0,4	-	-	-	-
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	249	2 171	- 19,3	3 797	1 017 389	3 156 887	+ 0,9	-	-	-	-

¹ gegenüber Vorjahresmonat

² Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

³ ohne Umsatzsteuer

⁴ Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Umsatz in %

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten

⁶ vorläufige Zahlen

Gedruckt im
Statistischen Landesamt
Schleswig-Holstein

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor
- r = berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- () = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit
- ≐ = entspricht